

INTERKULTURELLE VERSTÄNDIGUNG



Landeshauptstadt
München
Sozialreferat
Stelle für
interkulturelle Arbeit

Fachtagung Leben und wohnen in München 2004



Dokumentation

Impressum

Herausgeberin



Landeshauptstadt
München

Sozialreferat

Stelle für
interkulturelle Arbeit

Sabine Handschuck
Stelle für interkulturelle Arbeit
Sozialreferat
Franziskanerstraße 8
81669 München
Tel. (089) 233-40655
Fax (089) 233-40699
www.muenchen.de/interkult

Layout, Satz

Anja Rohde, Hamburg
Tel. (040) 20974873
www.anjarohde.de

Redaktionelle Bearbeitung

Anja Rohde, Hamburg
Uschi Sorg, München

Fotos

Wolfgang Kurreck
übungsraumprojekt
(mehr zu den Fotos auf Seite 72)
Bildauswahl: Anja Rohde

Druck

Landeshauptstadt München
Direktorium, Stadtkanzlei

August 2005

ISBN 3-937170-10-3

Inhalt

Sabine Handschuck	
Vorwort	2

Referate

Albrecht Göschel	
Die demographische Wende – Geburtenrückgang, Alterung, Bevölkerungsschrumpfung	5
Barbara John	
Zuwanderer in der Stadt: Integration trotz Segregation?	15
Christa Müller	
Ressourcenorientierte Migrationssozialarbeit in der Stadt	21
Peter Hansen	
Habitat – ein Beispiel für internationales Stadtleben	31

Workshops

Andrea Grundhuber, Heike Skok	
Strategien für präventive Sozialarbeit in der Wohnungswirtschaft	43
Anja Huber	
Ein Platz, mein Platz, unser Platz	49
Florian Fritz	
Wohnung, Gemeinschaftsunterkunft, Notquartier – wie Flüchtlinge in München wohnen	55
Uta Horstmann, Susan Cordeiro	
Zusammenarbeit mit Sinti- und Romafamilien in München	61
Helga Summer-Juhnke	
Soziale Stadt in München	65

Programm der Fachtagung „Leben und wohnen in München“	69
--	-----------





Vorwort

Integration findet vor Ort statt. Kulturelle Vielfalt erfordert einen gemeinsamen Prozess der Integration aller in einer Stadtgesellschaft lebenden Menschen. Vor allem der Stadtteil, die Wohnung und ihr Wohnumfeld bilden den sozialräumlichen Hintergrund für unterschiedliche Integrationsprozesse wie Sozialkontakte, Spracherwerb oder die Schulausbildung der Kinder. Gleichzeitig sind Wohnung und Wohnumfeld selbst Integrationsfaktoren.

Die 10. Veranstaltung der jährlichen Fachtage „Interkulturelle Verständigung“, ausgerichtet von der *Stelle für interkulturelle Arbeit* gemeinsam mit der *InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e. V.*, den Münchner Fachhochschulen und dem aktuellen Partner *Urbanes Wohnen*, thematisierte die sozialräumliche Integration.

Ohne Zuwanderung gäbe es keine großen Städte. Die Landeshauptstadt München ist nach Offenbach am Main und Frankfurt am Main mit 23 % die Stadt mit dem drittgrößten Ausländeranteil. Dabei ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich höher als die mit ausländischem Pass gezählten Personen. Man kann davon ausgehen, dass etwa ein Drittel der Münchner Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat.

Für Integration besonders positive Faktoren sind in München die ausgewogene Bevölkerungsstruktur der deutschen und der zugewanderten Bevölkerung und innerhalb der zugewanderten Bevölkerung die differenzierten Wanderungsmotive. In der Stadt leben Menschen aus über 180 Ländern, verteilt auf das ganze Stadtgebiet und in allen Stadtvierteln. Personen aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens stellen dabei die größte Gruppe dar, gefolgt von Türkinnen und Türken.

Die demographische Entwicklung zeigt, dass der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung in München weiterhin, wenn auch gering, wachsen wird. Der Anteil nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher wird mit ca. 25 % über-

durchschnittlich hoch bleiben und der Anteil der älteren Migrantinnen und Migranten wird zunehmen.

Im Vergleich zu anderen Kommunen besteht auch in München zwar eine schwerpunktmäßige Ansiedlung von Zugewanderten in den Innenstadt- und Innenstadtrandbereichen mit entsprechender Altbausubstanz, aber keine Ballung einzelner Ethnien wie in den meisten anderen bundesdeutschen Großstädten.

Vor diesem Hintergrund ging die Fachtagung „Interkulturelle Verständigung – Leben und Wohnen in München“ der Frage nach, welche Faktoren ein Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in München bestimmen. Die vorliegende Dokumentation orientiert sich am Verlauf der zwei Fachtage.

Der erste Fachtag führte in die bundesweite demografische Entwicklung ein und stellte sozialräumliche Integrationsansätze vor.

Dr. Albrecht Göschel, Deutsches Institut für Urbanistik Berlin, entwickelte auf der Folie gesellschaftlicher Veränderungsprozesse die These, dass Toleranz zukünftig eine existenznotwendige Bedingung des gemeinsamen Lebens sein wird.

Prof. Barbara John, ebenfalls aus Berlin, stellte erste Ergebnisse des Expertenforums „Zuwanderer in der Stadt“ vor und damit Bedingungen, die eine sozialräumliche Integration von zugewanderten Menschen fördern oder auch behindern.

Die zusammengefassten Beiträge aus den Workshops widmen sich Strategien für präventive Sozialarbeit in der Wohnungswirtschaft und zeigen Möglichkeiten der Integrationsunterstützung durch quartiersbezogene Bewohnerarbeit auf.

Der zweite Fachtag hatte konkrete Integrationsprojekte zum Inhalt. Welche Rolle „inter-

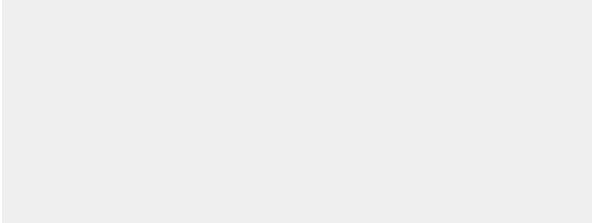
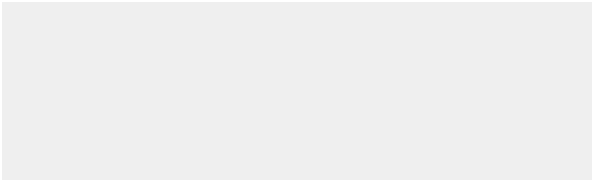
nationale Gärten“ für eine ressourcenorientierte Migrationsarbeit in der Stadt spielen, führte **Dr. Christa Müller** für München aus.

Prof. Dr. Peter Hansen aus Hannover präsentierte „Habitat“, ein Bau- und Gestaltungsexperiment des interkulturellen Zusammenlebens, und veranschaulichte, wie interkulturelle Verständigung durch gestaltete, räumliche Nähe geleistet werden kann.

Die dokumentierten Workshop-Ergebnisse bilden unterschiedliche Wohnsituationen von Flüchtlingen in München ab, stellen ein Wohnprojekt für Sinti- und Artistenfamilien vor und erläutern die neuen Planungen im Rahmen „Soziale Stadt“ im Südosten von München.

Für das Gelingen der Fachtagung danke ich Yasemin Uzunok und Julia Pfinder, die das Management im Vorfeld der Tagung geleistet haben, und Uschi Sorg für die Zusammenstellung der vorliegenden Dokumentation.

Sabine Handschuck
Stelle für interkulturelle Arbeit



Die demographische Wende – Geburtenrückgang, Alterung, Bevölkerungsschrumpfung

Als in den 1970er-Jahren zum ersten Mal von einem drohenden Bevölkerungsrückgang in Deutschland wegen niedriger Geburtenraten die Rede war, wurden diese Warnungen als Äußerungen reaktionärer Chauvinisten abgetan, die die mühsam erworbenen neuen Freiheiten vor allem der Frauen auf ein Leben außerhalb des Haushaltes, also außerhalb des Dreiklangs „Kinder, Küche, Kirche“ zurückdrehen wollten. Zwar haben verschiedene Bundesministerien Szenarien erstellt, die über die Folgen eines anhaltenden Bevölkerungsrückgangs Auskunft geben sollten, aber einerseits wirkten diese Perspektiven zu düster, als dass sie der Bevölkerung zugemutet werden konnten, zum anderen schien Zuwanderung die quantitative Schrumpfung hinlänglich zu kompensieren, so dass übertriebene Sorgen als verfehlt abgetan werden konnten. Zudem tauchten immer wieder Zweifel an der Glaubwürdigkeit langfristiger Prognosen auf; und da die Zeiträume, über die Demographen ihre Vorausberechnungen anstellen, in der Regel mehrere Jahrzehnte umfassen, schienen die Gefahren, die sie heraufziehen sahen, immer leicht zu zerstreuen zu sein. Jetzt, 30 Jahre später, und ohne dass in dieser Zeit ernsthaft versucht worden wäre, dieser „demographischen Zeitenwende“ gegenzusteuern, sind wir mit Entwicklungen konfrontiert, deren Bedrohlichkeit nicht mehr zu übersehen ist und die nun auch nicht mehr revidiert werden können. 30 Jahre anhaltend niedrige Geburtenraten haben die Basis für einen Bevölkerungsrückgang gelegt, der selbst durch massive Einwanderung nicht mehr verhindert werden kann.

Bevölkerungsschrumpfung ist inzwischen als Faktum anerkannt und wird mit Intensität in der Öffentlichkeit diskutiert. Auch die Fehler-sicherheit sogar langfristiger Prognosen ist inzwischen weitgehend akzeptiert, auch wenn Migrationsprozesse, die die „natürliche“ Entwicklung, also die Geburtenzahlen überlagern, häufig schwer in hinreichender Exaktheit vorausgesagt werden können, vor allem wenn es sich um kleine Raumeinheiten wie z. B. Regionen oder Städte handelt. Für größere Einheiten, also für die Bevölkerung von Nationen oder gar Kontinenten können relativ präzise Zahlen auch mit langem Zeitvorgriff mit einiger Sicherheit angegeben werden. Einige derartige Schätzungen vorweg¹:

Bevölkerungsentwicklung bei leichtem Geburtenanstieg ohne Wanderungen:

im Jahr **2000**: 82 Mill. EW | **2050**: 52–55 Mill. EW | **2100**: 25–32 Mill. EW

Bevölkerungsentwicklung bei leichtem Geburtenanstieg mit Zuwanderung von ca. 250.000 EW:

im Jahr **2000**: 82 Mill. EW | **2050**: 68–72 Mill. EW | **2100**: 50–60 Mill. EW

¹ Alle folgenden Prognosen entstammen der Veröffentlichung von Herwig Birg: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München 2001

Besonders dramatisch stellt sich die Bevölkerungsentwicklung für die Neuen Bundesländer dar:

Ohne Zuwanderung:

im Jahr **2000**: ca. 15 Mill. EW | **2050**: 9,5 Mill. EW | **2100**: 3,5 Mill. EW

Mit Zuwanderung

im Jahr **2000**: ca. 15 Mill. EW | **2050**: 11,1 Mill. EW | **2100**: 6,1 Mill. EW

Während für Deutschland insgesamt die Berechnung der Bevölkerungsentwicklung ohne Zuwanderung nur eine Modellannahme darstellt, da wir mit Sicherheit Zuwanderung haben werden, ist dies für die neuen Bundesländer durchaus nicht so sicher, die Bevölkerungsentwicklung ohne oder zumindest nur mit geringer Zuwanderung also nicht unbedingt ein hypothetischer Fall. Bisher zumindest hat sich für diese Region Deutschlands keine nennenswerte Zuwanderung aus dem Ausland eingestellt. Die Hoffnung, die EU-Osterweiterung könne Wanderung in die Neuen Bundesländer auslösen, hat zumindest bisher getrogen. Was sich abzeichnet, ist eine so genannte Frog-lap-Migration: Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten in Mittel-Ost-Europa wandern, wenn sie sich denn überhaupt zur Migration entschließen, direkt in die prosperierenden Zentren des deutschen Südens und Südwestens, nicht in die stagnierenden oder eher ökonomisch schrumpfenden ostdeutschen Regionen. Je mehr sich allerdings deutsche Firmen entschließen, Arbeitsplätze nach Polen, Tschechien oder in die baltischen Staaten zu verlagern, umso geringer wird die Wahrscheinlichkeit nennenswerter Zuwanderung aus dieser Großregion insgesamt. Da darüber hinaus alle diese postkommunistischen Länder seit der politischen eine ähnliche „demographische Wende“ erlebt

haben wie der Westen in den 1960er- und 1970er-Jahren, besteht auch hier kein Bevölkerungsüberschuss, der Abwanderung auslösen könnte. Damit rückt die außerordentlich bedrückende Entwicklungsalternative „ohne Zuwanderung“ für die Neuen Bundesländer durchaus in den Bereich des Wahrscheinlichen, und es ist offensichtlich, dass unter diesen demographischen Bedingungen das zurzeit noch existierende Städtensystem der Neuen Bundesländer nicht aufrecht zu erhalten wäre. Es würde also in großem Maßstab zu Stadtschrumpfung, eventuell sogar zu Stadtauflösung kommen müssen.

Was diese demographischen Zahlen nur indirekt ausdrücken, ist die Verschiebung der Relation zwischen deutschen und ausländischen Einwohnern in der Bundesrepublik, also zwischen den Bevölkerungsgruppen ohne Migrationshintergrund aus den letzten Generationen und mit Migrationshintergrund aus der letzten bis zu den letzten vier oder fünf Generationen. Eine Zuwanderung wie gegenwärtig mit ca. 170.000 Zuwanderern pro Jahr vorausgesetzt, würden sich „deutsche“ und „ausländische“ Einwohneranteile in der Bundesrepublik Deutschland um 2090 quantitativ angleichen, d. h. der so genannte Ausländeranteil in Deutschland läge dann bei durchschnittlich 50 %. Wird eine höhere Zuwanderung von ca. 250.000 Migranten pro Jahr unterstellt, wie in den Prognosen zu Gesamtzahlen angenommen, wäre diese Relation bereits im Jahr 2070 erreicht, und das heißt natürlich auch, dass von da ab die „Deutschen“ in der Minderheit wären.

Diese Werte machen das Integrationsproblem deutlich, das sich mit der demographischen Wende stellt, soll nicht die Gesamtzahl der Bevölkerung – ohne Migration – ins „Bodenlose“ absinken. Wird sogar eine Zuwanderung zu Grunde gelegt – und politisch gefördert –, mit der die gegenwärtige Relation von Bevölkerung im Arbeitsleben zur Bevölkerung außerhalb dessens erhalten werden könnte (und ca. eine Million Zuwanderer pro Jahr wären dafür notwendig), würde die ausländische Be-

völkerung bereits spätestens zur Mitte des Jahrhunderts die deutsche quantitativ übertreffen. Vereinfachend gesagt, in etwa 50 bis 60 Jahren wird die deutsche Bevölkerung in Deutschland nicht mehr die Mehrheit stellen, sondern eine Minderheit neben anderen Minderheiten sein. Es wird sich der Übergang zur „Multi-Minoritäten-Gesellschaft“ vollzogen haben. Damit erhält dann auch das Integrationsproblem eine völlig neue Dimension. Es wird nicht mehr um die Integration einer – ausländischen – Minderheit in das Sozial- und Wertgefüge Deutschlands gehen, sondern um eine Integration einer großen Zahl verschiedener Minderheiten in eine gemeinsame nationale oder übernationale, europäische Zivilisation, die sich durch Konfliktmanagement „vor Ort“, also in den Städten und Gemeinden, bewähren muss.

Kurz- bis mittelfristig wirkt sich die demographische Wende aber vor allem auf die Altersstruktur der Bevölkerung aus: Der Anteil der Älteren, also derjenigen, die nicht mehr im Berufsleben stehen, wächst, der Anteil der Jüngeren in der Ausbildung oder im Berufsleben geht drastisch zurück.

Die Anteile der unter 40- bzw. über 60-Jährigen verschieben sich:

Im Jahr 2000:

unter 40 Jahre:	42,3 Millionen
über 60 Jahre:	17,9 Millionen

Im Jahr 2050:

unter 40 Jahre:	23,1 Millionen
über 60 Jahre:	27,8 Millionen

Im gleichen Zeitraum geht die Zahl der Jugendlichen (unter 20 Jahre) von 17,7 Millionen auf 9,7 Millionen zurück.

Auch diese Entwicklung, die häufig als „Vergrößerung“ der Gesellschaft bezeichnet wird, ist nur durch Zuwanderung zu kompensieren,

die allerdings sofort in sehr viel größerem Umfang als bisher einsetzen müsste. Zurzeit fehlen aber die Integrationsvoraussetzungen für ausländische Migrantinnen und Migranten, in erster Linie also freie Arbeitsplätze.

Zur „Überalterung“ der deutschen Gesellschaft, die in diesen wenigen Zahlen angedeutet wird, sind allerdings einige relativierende Anmerkungen erforderlich. Es wird in der Regel argumentiert, dass die rückläufige Zahl der Einwohner im Berufsalter gegenüber den Älteren im Rentenalter unabdingbar die gegenwärtigen Rentenregelungen zusammenbrechen lassen müsste. Dem steht eine ganze Reihe von Argumenten gegenüber, die einem solchen Katastrophenszenario seinen Schrecken nehmen könnten. Zum einen verändert sich in der Verschiebung der Alterspyramide zwar die Relation zwischen potenziell Berufstätigen, also Einzahlern in die Rentenversicherung, und potenziell nicht mehr Berufstätigen, also Empfängern aus der Rentenversicherung. Die Relation zwischen Berufstätigen und Nicht-Berufstätigen insgesamt, also aus der Summe zwischen Noch-nicht- und Nicht-mehr-Berufstätigen, aus geringeren Zahlen von Jungen und steigenden Zahlen von Älteren gegenüber den Berufstätigen, ändert sich dagegen durch den Rückgang der Jüngeren





kaum. Die Belastungen der Berufstätigen für Nicht-Berufstätige müssen sich also nicht dramatisch erhöhen, wenn man diese einfachen Zahlenrelationen zugrunde legt, ungeachtet der Probleme einer Verteilung von Ausbildungs- respektive Erziehungskosten oder Versorgungskosten für Ältere.

Weiterhin hat sich nicht nur die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung, sondern auch der Gesundheitszustand der Älteren in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert, so dass wir mit Recht zurzeit von den „neuen Alten“ sprechen, die in ausgesprochen guter geistiger und körperlicher Verfassung ihr 65. Lebensjahr erreichen. Unter diesen Bedingungen scheint eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters nicht nur möglich, sondern dringend geboten, so dass sich die Zahl der Älteren, die von Transferzahlungen abhängig sind, deutlich reduzieren würde. Und der Arbeitsmarkt, also die nachgefragten Qualifikationen im Arbeitsleben, können das in einer Dienstleistungsgesellschaft, auf die wir uns zubewegen, auch ohne weiteres ermöglichen. Das Arbeitsleben der nächsten Jahre und Jahrzehnte wird immer weniger von körperlicher Leistungsfähigkeit abhängig, wie sie zweifellos im Alter früh nachlässt. Stattdessen

könnten Erfahrung, Reife, Einsicht, Souveränität und angesammelte, lange entwickelte Kompetenz zu neuen – wieder entdeckten alten – Qualifikationen im Arbeitsmarkt werden. In einer Zeit, wo ein Mann im Alter von 78 Jahren in ein derart verantwortungsvolles und auch anstrengendes Amt wie das des Papstes gewählt wird, erscheint es nicht plausibel, „normale“ Arbeitnehmer mit 65 oder sogar noch früher in die Rente zu schicken, vor allem, wenn sie, was sehr häufig der Fall ist, sogar gern noch ein paar Berufsjahre anhängen würden.

Weiterhin wird in der Regel angenommen, dass die Produktivitätssteigerung der Wirtschaft höhere Belastungen der einzelnen Arbeitskräfte für Renten und andere Sozialleistungen ohne weiteres zulassen würde. Allerdings setzt das Umverteilungsformen voraus, die nicht ohne weiteres durchsetzbar sein dürften. Dennoch kann man mit einigem guten Willen vielleicht davon ausgehen, dass das so genannte Überalterungsproblem als Folge der demographischen Wende nicht so schwer wiegt wie das Integrationsproblem, an dem wir unter gar keinen Umständen vorbei kommen werden, da wir eine größere Bevölkerungszahl, als sie aus dem demographisch

bedingten Bevölkerungsrückgang entstehen würde, ohne Zweifel brauchen werden, auch wenn eine solche Aussage angesichts gegenwärtiger Arbeitslosigkeit bezweifelt werden könnte. In wenigen Jahren könnte jedoch rein rechnerisch der Bevölkerungsrückgang die Arbeitslosigkeit kompensieren. Eine solche quantitative Betrachtung dürfte allerdings zu kurz greifen. Auch in einer schrumpfenden Bevölkerung könnten die Qualifikationen fehlen, die in der Wirtschaft nachgefragt werden, während andererseits Qualifikationen – oder Nicht-Qualifikationen – vorhanden sind, die nicht gefragt sind. Darüber hinaus könnte eine rückläufige Gesamtbevölkerungszahl durch den damit verbundenen Rückgang der Binnen- nachfrage Arbeitslosigkeit auslösen. Man sieht also an diesen wenigen Überlegungen die Komplexität der Probleme, die mit der demographischen Wende ausgelöst werden.

Bevor ich mich in etwas systematischerer Weise den Folgen des demographischen Wandels zuwende, einige Anmerkungen zu dessen Ursachen. Wir sind uns einigermaßen sicher, dass der demographische Wandel, das heißt ein gravierender Geburtenrückgang, wie er mehr oder weniger stark in allen westlichen oder Industrienationen zu beobachten ist, als Ausdruck eines Wertewandels und einer umfassenden, vielleicht aber unvollständigen Emanzipation verstanden werden kann. Mit dem wachsenden Stellenwert von Selbstverwirklichungswerten, wie sie sich im Zuge des Wertewandels seit den 1960er-Jahren durchsetzen, wird die individuelle Biografie zu einem „Projekt“, das entworfen, geplant und entschieden werden muss und nicht mehr in selbstverständlicher Weise vorgezeichneten Bahnen folgt. Unterschiedliche Lebensentwürfe tauchen als Alternativen auf, zwischen denen gewählt werden kann und gewählt werden muss. Leben in der Familie und mit Kindern, bis in die 1950er-Jahre eine alternativlose Selbstverständlichkeit für die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, wandelt sich zu einer möglichen, aber nicht ausschließlichen Lebensform.

In dieser Vervielfältigung von Lebensalternativen, zwischen denen gewählt wird, entsteht eine Tendenz, nicht nur die Zahl der denkbaren Optionen zu vergrößern, sondern auch fixierende Entscheidungen, die Alternativen ausschließen, zu vermeiden oder doch biografisch hinauszuschieben. Die Entscheidung für Kinder ist aber eine nicht revidierbare und vor allem auf mehrere Jahrzehnte bindende. Sie schließt andere Lebensformen in hohem Maße aus und prägt das Leben in allen Facetten. Das führt häufig dazu, dass zwar abstrakt der Wunsch besteht, eigene Kinder zu haben, dass die konkrete Entscheidung für Kinder aber immer weiter aufgeschoben wird, bis es dann plötzlich zu spät sein kann, man sich aber auch gut an das Leben ohne Kinder gewöhnt hat.

Die Bewertung kinderloser Lebensentwürfe und Biografien als neue emanzipatorische Lebensformen scheint nun immer dann besonders ausgeprägt zu sein, wenn in einer Gesellschaft vorher die Lebensform „Familie mit Kindern“ extrem hoch bewertet war, wenn praktisch alle Alternativen stigmatisiert waren, und dies ist in allen Ländern mit entweder faschistischer oder katholischer Geschichte in Europa der Fall gewesen. In diesen Ländern, voran Deutschland, zurzeit Spanien und Italien, ist die emanzipatorische Gegenreaktion gegen die Ausschließlichkeit der Lebensform „Familie mit Kindern“ daher auch besonders ausgeprägt.

Gleichzeitig verhindert diese historische Verknüpfung des „Familienmodells“ mit einer faschistischen Vergangenheit die neutrale und objektive Debatte über die gesellschaftlichen Folgen des Geburtenrückgangs und sie verhindert vor allem die nüchterne Debatte über eine „pro-natalistische“ Politik. Das sind vermutlich die Gründe, die zu einer Verdrängung des Themas in Deutschland über 30 Jahre geführt haben, denn bekannt sind die Ausmaße und Folgen des Geburtenrückgangs, wie anfangs gesagt, ja schon seit ca. 30 Jahren. Länder, die nicht an der Bürde einer faschistischen Vergangenheit zu tragen hatten, wie



z. B. Frankreich, Schweden, Holland, konnten sehr viel früher und sehr viel unbefangener eine familien- und kinderfördernde Politik in Gang setzen. Damit ist das Lebensmodell „Familie mit Kindern“ in Deutschland nicht nur historisch normativ belastet, es ist in der persönlichen, biografischen Entscheidung auch ein materiell individuell belastendes, da eine spürbare öffentliche Förderung von Familien mit Kindern, die nur aus einer entsprechenden Besteuerung der „Kinderlosen“ möglich wäre, politisch bisher nicht durchsetzbar war. Erst in den letzten Jahren beginnt sich die Bewertung dieser Zusammenhänge langsam zu ändern, zu spät vermutlich, um die gravierenden Folgen der demographischen Wende noch abzufangen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Emanzipation – der Frau –, die zum Geburtenrückgang geführt hat, eine unvollständige war, da sie die Männer nicht erreicht hat. Während sich die Frauen von der Fixierung auf die Rolle der Hausfrau lösen und in umfassender Weise Berufsperspektiven entwickeln konnten, haben sich die Männer von ihrer angestammten Rolle der Berufstätigkeit nicht „emanzipiert“, die

Lebensform des „Hausmanns“ nicht in das selbstverständliche Repertoire von Lebensalternativen aufnehmen können. Nur in Ausnahmefällen scheint das gelingen zu sein, und die doppelte Berufstätigkeit mit Kindern ist schwer zu realisieren, weil sie entweder hoch entwickelte Sozialleistungen verlangt, die aus besagten Gründen nicht bestehen, oder sehr hohe Einkommen voraussetzt, die es erlauben, die öffentlich unzureichenden Leistungen privat anzukaufen, z. B. durch die privat bezahlte Kinderfrau usw., also durch „Dienstpersonal“. Selbst einer Mittelschicht mit mittleren Einkommen ist das kaum möglich, so dass es diese Schicht ist, in der Kinderlosigkeit besonders verbreitet ist, während sich Bezieher von Spitzeneinkommen die privaten Dienstleistungen verschaffen, die die Verbindung von Kindererziehung und Berufstätigkeit ermöglichen, und untere Statusgruppen häufig an hergebrachten Rollenmustern festhalten, so dass hier die Kindererziehung weiter bei der Mutter bleibt, während der Vater nach klassischem Modell berufstätig ist.

Die Gründe für den Geburtenrückgang liegen also in historischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen. Die Entwicklung und Verwendung von moderner Empfängnisverhütung ist in diesem Sinne nicht Ursache, sondern nur Mittel, den Ursachen auch Geltung zu verschaffen, sie sind „technische“ Umsetzung und Ausdruck der sozialen und ökonomischen Gründe.

Nach diesen knappen Ausführungen zum Ausmaß und zu den Ursachen des demographischen Wandels einige Bemerkungen zu den Folgen, soweit noch nicht angesprochen. Diese Folgen oder Auswirkungen führen alle mehr oder weniger deutlich in Dilemmata, d. h. stellen widersprüchliche Anforderungen und Zielformulierungen für die Politik dar, die schwer zu vermitteln sind.

Demographischer Wandel führt zu einer weitgehenden Auflösung von Familienzusammenhängen. Familien erbringen bisher aber einen Großteil z. B. der Gesundheits-, Fürsorge- und

Pflegeleistungen. Können diese nicht mehr „informell“ im Familienverband erbracht werden, müssten sie vom Staat, also vom Sozialstaat geliefert werden. Die gegenwärtigen Einschnitte in sozialstaatliche Leistungen zeigen aber, dass diese nicht substanziell ausgebaut werden können, wie es für eine Übernahme der mannigfaltigen Familienleistungen erforderlich wäre.

Familienförderung wäre notwendig, z. B. durch Ausbau von Einrichtungen für Kinder, durch Umbau der Städte für ein familienfreundliches Wohnen etc. Im gleichen Moment sind aber erhebliche Zusatzaufwendungen für die wachsende Zahl der Alten erforderlich, besonders im infrastrukturellen Bereich. Beides gleichzeitig zu entwickeln, scheint kaum leistbar zu sein.

Beim Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft, den wir in Deutschland zurzeit erleben, wachsen in der Regel Ungleichheiten in der Bevölkerung. Damit nimmt auch der Konkurrenzkampf der Einzelnen um Arbeit und Einkommen zu. In dieser Konkurrenz sind aber Menschen mit Kindern deutlich benachteiligt,

so dass die individuellen Entscheidungen gegen Kinder als Karrierehemmnisse noch zuzunehmen werden. Bei einem Überangebot an Arbeitskräften, wie es zurzeit vorliegt, besteht für die Privatwirtschaft auch kein zwingender Anlass, familienfreundliche Arbeitsplätze herzustellen. Sie bekommen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch ohne das.

Zentrales Problem wird aber „die Integration der Gesellschaft“ – als Ganzes, nicht der Ausländer „in die deutsche Gesellschaft“ werden. Bereits jetzt müsste eine massive Zuwanderung bestehen, wenn sie sich in den kommenden Jahrzehnten auswirken soll. Die chronische Schwäche des Arbeitsmarktes erschwert allerdings Zuwanderung, da sich Migranten aus ökonomischen Aufstiegserwartungen zur Wanderung entschließen. Aber selbst wenn Zuwanderer in größerer Zahl als bisher kämen, müssten wir damit rechnen, dass sie aus zunehmend fremderen Nationen und Ethnien stammen und dass ihre Qualifikationen nicht sehr hoch sein werden. Aus unmittelbaren Nachbarländern mit ähnlichen kulturellen und qualifikatorischen Standards sind zumindest keine Zuwanderungen in ei-



nem Ausmaß zu erwarten, wie sie zum Ausgleich der demographischen Wende erforderlich wären. Damit wachsen die Integrationsanforderungen bzw. die Integrationsaufwendungen, die in Zukunft aufgebracht werden müssten, und dies zu einem Zeitpunkt, wo auch für die bereits hier ansässige Bevölkerung in der beschriebenen Weise sozialstaatliche Anstrengungen erforderlich sind, in wachsendem Maße aber nicht mehr bewerkstelligt werden können.

Wie in einem Brennspiegel zeigen sich alle Probleme, die der Bevölkerungsrückgang auslöst, in „der Stadt“, in den großen Städten und Metropolen einerseits, vor allem aber in den schrumpfenden Städten andererseits. Besonders diese Problemkonstellation der schrumpfenden Stadt stellt die kommunale und staatliche Politik vor Herausforderungen, die neu sind und denen sie sich kaum gewachsen zeigen. Im Zuge der Schrumpfung werden nicht nur vereinzelt Wohnungen und Industrieanlagen abgebrochen, einige besonders stark schrumpfende Städte speziell in den Neuen Bundesländern werden total ihren Charakter wandeln, sich von mittelgroßen Industriestädten in kleine ländliche Siedlungen (zurück-)entwickeln, in Extremfällen bis zur Auflösung von Städten oder Siedlungen. Zwar ist es denkbar, dass sich unter nachlassendem Bevölkerungsdruck in vielen Städten auch die Suburbanisierung zurückentwickelt, dass es eine Bewegung „zurück in die Städte“ gibt, was nur als Gewinn verbucht werden könnte, aber derartige Vorgänge werden sehr langsam ablaufen und die schrumpfenden Städte nicht unmittelbar vor den Krisen bewahren, die aus sinkenden Einwohnerzahlen resultieren.

Bei sinkenden Einwohnerzahlen findet in der Regel eine Entspannung des Wohnungsmarktes statt, bevor Wohnungen „vom Markt genommen“ werden. Das führt, da schon kleine

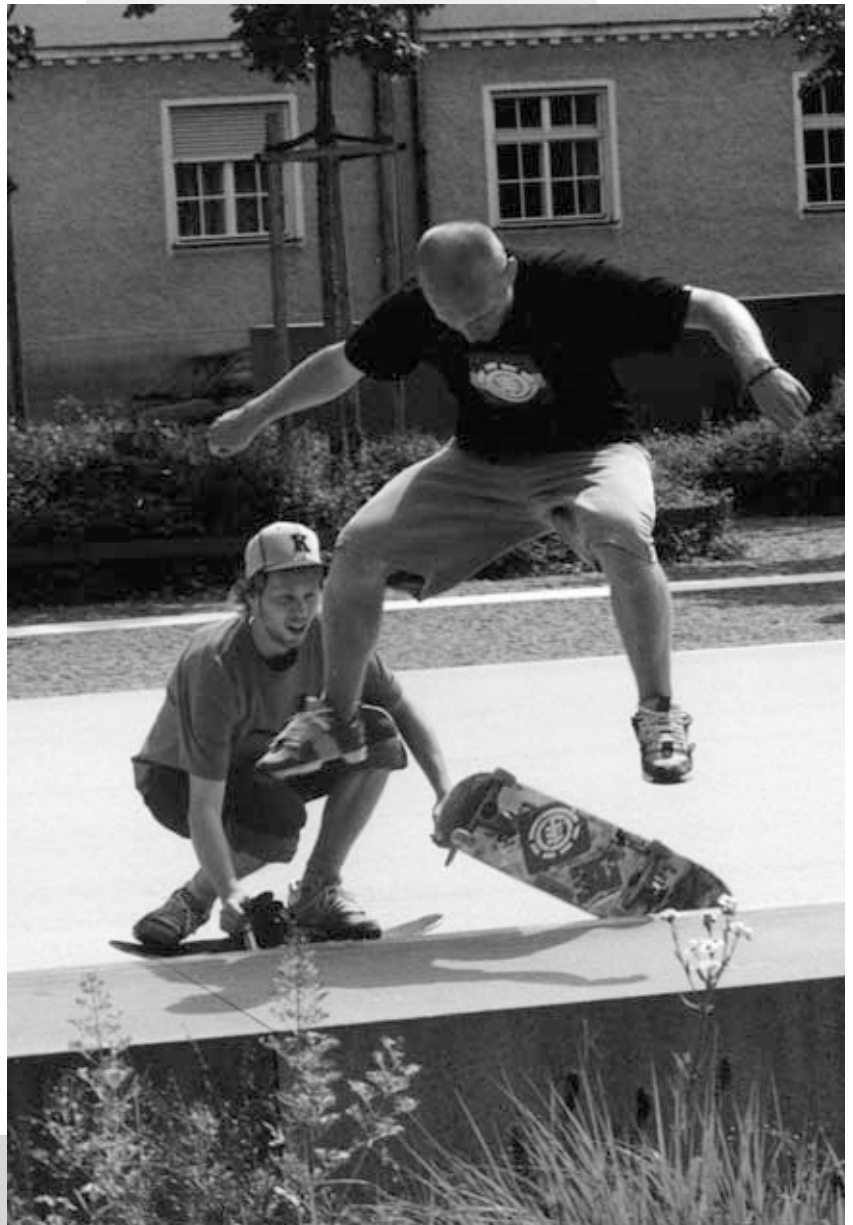
Präferenzen verwirklicht werden können, zur Entmischung der Bevölkerung, also zu wachsender Segregation und der Perspektive einer Entwicklung von Quartieren mit sehr hohen Ausländeranteilen und zu „Armutsquartieren“.

Man kann die Städte mit hohen Ausländeranteilen sicher als „bunt“ bezeichnen. Das könnte aber ein Euphemismus sein. Die Städte werden in großen Bereichen den altansässigen „Deutschen“ fremder. Sie werden sich aus der Stadt in ihre Quartiere zurückziehen und diese direkt oder informell zu privatisieren suchen, sei es durch „Gated communities“, sei es durch private Sicherheitsdienste oder informelle Kontrollen. Der städtische Raum könnte in großen Teilen seine Qualität als Öffentlichkeit verlieren, da sich in den Ausländer- oder Armutsgebieten im Gegenzug auch eine Abwehr Fremder einstellen könnte: Solche Stadtteile sind als „No-go-areas“ bekannt und werden von allen nicht ihnen Lebenden gemieden. Nicht nur in den USA, auch in Frankreich und England sind derartige Phänomene bereits an der Tagesordnung.

Im allgemeinen Bevölkerungsrückgang wird zwischen den Städten, besonders zwischen denen mit Wirtschaftswachstum, also den prosperierenden Zentren, ein erbitterter Konkurrenzkampf um Einwohner, vor allem um gut ausgebildete, jüngere, deutsche Einwohner ausbrechen. Die Städte werden mit allen Mitteln versuchen, sich für die „Eliten“ zu rüsten, z. B. durch extrem aufgewertete Innenstädte und Einkaufsbereiche, durch eine Kulturpolitik der Events und herausragenden Besonderheit. Eine Breitenversorgung der Bevölkerung, eine Ausgleichspolitik sowohl zwischen Regionen als auch innerhalb der Städte wird zurückgestellt und vernachlässigt werden müssen.

Es ließen sich noch zahlreiche Details besonders zur Stadtschrumpfung anführen, z. B. kostspieliger Um- und Rückbau der techni-

schen Versorgungssysteme wegen Einwohnerrückgangs bei sinkenden kommunalen Einnahmen gleichfalls wegen des Einwohnerrückgangs; als Überblick über Ausmaß, Ursachen und potenzielle Folgen der „demographischen Wende“ mag diese Skizze jedoch genügen. Als Resümee lässt sich zusammenfassen, dass der Bevölkerungsrückgang vermutlich all die Tendenzen verschärft, die durch den ökonomischen Wandel des Übergangs in die Dienstleistungsgesellschaft und die Internationalisierung – Globalisierung – bereits angelegt sind: Er forciert Ungleichheitstendenzen in der deutschen Gesellschaft, die sich als Polarisierungen zwischen Einkommensgruppen, zwischen Kulturen, innerhalb und zwischen Städten abzeichnen.





Zuwanderinnen und Zuwanderer in der Stadt: Integration trotz Segregation?

Großstädte und größere Ballungsräume werden weiterhin das bestimmende Lebensumfeld von Zuwanderinnen und Zuwanderern sein. Migrantinnen und Migranten ziehen dorthin, wo schon Zuwanderinnen und Zuwanderer – möglichst gleicher Sprache und nationaler Herkunft – leben, eine weltweit zu beobachtende Entwicklung. Vertraute Sprach- und Kulturmilieus bieten vielen Einwanderinnen und Einwanderern erst einmal soziale Kontakte und wirtschaftliche Möglichkeiten. Trotz zurückgehender Zuzugszahlen werden schon in wenigen Jahren in einigen Regionen und größeren Städten 40 bis 50 % der Wohnbevölkerung einen Migrationshintergrund haben.

In den städtischen Infrastruktureinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen werden die Anteile von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien noch weitaus höher sein, weil besserverdienende Familien mit hohen Bildungsansprüchen diese Quartiere meiden. Die sozialräumliche Verteilung von Einwanderinnen und Einwanderern war über lange Zeit ein zentrales und gleichzeitig kontroverses Thema in der migrationspolitischen Debatte. Trotz mannigfaltiger wohnungspolitischer Instrumente, wie z. B. Verbilligung von Wohnraum für Deutsche oder Einführung von quantitativen Maximalbelegungen von bestimmten Wohnungsbeständen durch Migrantinnen und Migranten, gelang es nirgendwo, hohe räumliche Konzentrationen zu vermeiden. Selbst die drakonische Zuzugssperre für „Ausländer“, die in einigen Berliner Bezirken von 1975 bis 1990 den Zuzug steuern sollte, führte zu keiner räumlichen Umverteilung. Obwohl die Aussichtslosigkeit der erwünschten sozialräumlichen Verteilung sich immer stärker abzeichnete, wurde über lange Zeiträume an diesem Konzept festgehalten. Die Folge war,

dass sozialräumliche Segregation generell als misslungene Integration gedeutet wurde. Der Begriff der Parallelgesellschaften machte die Runde, in die sich ethnische Gruppen zurückzogen, um sich bewusst abzukapseln. Die daraufhin einsetzende Stigmatisierung von Bezirken wie Kreuzberg oder Nord-Neukölln beschleunigte den Wegzug von Bevölkerungsgruppen, die sich teurere Wohnquartiere leisten konnten; dazu zählten gerade auch junge Familien mit schulpflichtigen Kindern. Weil die Alternativen von vornherein falsch gestellt waren – entweder Verteilung oder Parallelgesellschaft –, wurden über lange Zeit stabilisierende Maßnahmen unterlassen; stattdessen wurden die Bezirke schlecht geredet und damit in eine wirtschaftliche und soziale Abwärtsspirale getrieben.

Zum Ausgleich für die vermeintlichen und tatsächlichen Benachteiligungen wurden in vielen Kommunen migrantenspezifische Maßnahmen in hochsegregierten Gebieten konzentriert. „Projektmeilen“, in denen sich Anlaufstellen für Zuwanderinnen und Zuwanderer verschiedener Sprach- und Sozialgruppen finden, sind keine Seltenheit in Zuwanderstädten wie Berlin, München, Bremen, Essen u. a. Zu einer stärkeren Integrationsdynamik haben die politischen Rezepte – Verteilung und Konzentration migrantenspezifischer Maßnahmen – nicht geführt. Eher ist das Gegenteil der Fall.

Wie so oft hat auch gerade auf dem Feld der Integrationspolitik nicht das Wollen die Wirklichkeit bestimmt, sondern die Wirklichkeit

hat die Politik in die Schranken gewiesen. Realitätsorientierte Konzepte sind gefragt. Ziel dieser Konzepte sollte sein, die negativen Folgen der Segregation aufzuhalten und Integrationsdynamik in den Quartieren zu erzeugen.

Die Erfahrungen in Berlin, aber auch in anderen Kommunen zeigen, dass es kaum gelingen wird, durch Anreize finanzieller oder infrastruktureller Art Familien deutscher Muttersprache mit Kindern zur Rückkehr in Migrantenbezirke zu bewegen. Das sollte zwar mittelfristig angestrebt werden, wohl aber erst, nachdem sich die Schulen als attraktive Lernorte entwickelt haben.

Realistischer erscheint es, Familien mit Wegzugsabsichten durch gute Betreuungs- und Bildungseinrichtungen zu halten.

Das wird nur gelingen, wenn die angestrebten qualifizierten Bildungsabschlüsse im Wohnquartier erreicht werden können, und zwar auf einem vergleichbaren Qualitätsniveau mit Einrichtungen in Bezirken mit geringerem Migrantenanteil.

Daher kommt der Schule wie auch den Kindertagesstätten eine herausragende Bedeutung bei der Stabilisierung von Quartieren zu. Unerlässlich sind Ganztagsangebote, eine systematische Einbeziehung von Eltern in die Bildungsarbeit, die Förderung auch leistungsstärkerer Kinder in der Schule und die institutionalisierte Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Einrichtungen im Wohnbezirk wie z. B. Sportvereinen, Unternehmen (Übernahme von Patenschaften), Kirchengemeinden und Moscheevereinen, Freizeitzentren für Jugendliche, Gesundheitszentren, Musikschulen. Wenn der Bildungserfolg durch spezielle Angebote, die außerhalb des Bezirks nicht existieren, als gesichert angesehen wird, wächst die Bereitschaft zum Verbleib.

Aktivitäten, die im Rahmen von Quartiersmanagement-Programmen durchgeführt werden, sind zu vernetzen und abzustimmen mit sonstigen Angeboten.

Empfehlenswert ist die Gründung von Bürgerstiftungen, um ein breites Spektrum der Bewohnerinnen und Bewohner unterschiedlicher kultureller Herkunft für gemeinsame Planun-



gen und Aktivitäten zu gewinnen. So werden soziale Kontakte geknüpft und auf eine tragfähige Basis durch gemeinsame Arbeit gestellt.

Zuschnitt und Ausbau des Wohnumfeldes für Freizeit- und Lernaktivitäten (u. a. Bürgertreff, Kino, Sportanlage), insbesondere in Stadtrandlagen kann entscheidend beitragen, die Bewohnerinnen und Bewohner in ihr Wohngebiet einzubinden und es weiterzuentwickeln.

Die Erfahrung zeigt, dass finanziell günstige Wohnraumangebote von Studentinnen und Studenten auch in segregierten Gebieten genutzt werden. Studentische Bewohnerinnen und Bewohner können auch in befristete soziale Projekte gut eingebunden werden. Früher Deutscherwerb in Kitas ist das Gebot der Stunde. In segregierten Quartieren gibt es außerhalb öffentlicher Bildungseinrichtungen kaum noch natürliche Gelegenheit zum ungesteuerten Spracherwerb für Kinder mit Migrationshintergrund. Sie sind die Gruppe, die stärker als alle anderen Alterskohorten räumlich getrennt von Kindern deutscher Muttersprache aufwachsen. Deshalb führt kein Weg daran vorbei, die Vermittlung der deutschen Sprache in das lerngünstigste Alter, also vor den Schulbeginn, zu verlagern. Erfahrungen in einigen Kommunen zeigen, dass eine konsequente Schulentwicklungsplanung dann zur Stabilisierung von Wohnquartieren beitragen kann, wenn regelmäßig die Qualität der Bildungseinrichtungen be-

obachtet und zum Gegenstand lokaler Bildungsberichterstattung gemacht wird. Eine bloße Sozialberichterstattung, die auf Defizite hinweist, mag als Ausgangsanalyse sinnvoll sein. Doch den Klagen sollten Taten folgen. Quantitative Zielsetzungen, etwa die Erhöhung qualifizierender Schulabschlüsse, können ohne großen Aufwand durch Bildungsmonitoring und die schon erwähnte Berichterstattung erreicht werden. So kann Integration trotz Segregation gelingen. Sozialräumliche Integrationspolitik stößt an ihre Grenze, wenn die Arbeitsplätze fehlen. Integration setzt die Partizipation am Arbeitsmarkt voraus. Arbeitslosigkeit wirkt per se desintegrierend. Obwohl dieser Zusammenhang nicht bestritten wird, sind integrationsorientierte Reformen in der Arbeitsmarktpolitik stark vernachlässigt worden, sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene. So wurde z. B. im Bericht der „unabhängigen Kommission Zuwanderung“ die hohe Arbeitslosigkeit unter den Migrantinnen und Migranten zwar warnend hervorgehoben, gleichwohl fehlten Schlussfolgerungen zur Veränderung des Arbeitsrechts und des Arbeitsmarktzugangs. Solange Arbeit und Bildung als Bedingungen erfolgreicher Integration nicht im engen Zusammenhang mit Einwanderungsregelungen und Integrationsanforderungen diskutiert und entschieden werden, bleiben alle anderen Integrationsprogramme Stückwerk. Daran ändert auch eine umfassende Projektförderung nichts, die Bildung von Beiräten, regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit, Wohnungspolitik mit Weitblick, Antidiskriminierungsstellen, der Bau und Betrieb von Begegnungsräumen – um nur einige Konzepte und Maßnahmen lokaler Integrationsprogramme zu nennen. All das schafft zwar wichtige Grundlagen für ein verträgliches und konstruktives Zusammenleben auf kommunaler Ebene. Was sich damit aber nicht herstellen lässt, ist der wirtschaftliche und soziale Aufstieg der Migrantinnen und Migranten in einem überschaubaren Zeitraum. Damit geht gleichzeitig die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung für eine Einwanderungspolitik verloren, weil die Integration in



den Augen vieler Betrachterinnen und Betrachter gescheitert zu sein scheint. Derzeit sehen sich viele Kommunen, die von hoher Arbeitslosigkeit belastet sind, solchen Urteilen ausgesetzt. In der Tat ist die Bereitstellung von Sozialleistungen noch kein Integrationserfolg und die Inanspruchnahme keine Integrationsleistung.

Erst wenn Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik ins Zentrum staatlicher Integrationsmaßnahmen gerückt werden, können sozialräumliche Integrationsprogramme ihre volle Wirkung entfalten.

Beiträge dazu können aber schon jetzt vor Ort geleistet werden. Kreative Kooperationen zwischen der Wohnungswirtschaft und den Jobagenturen können zur ökonomischen und sozialen Stabilisierung und zur Identifizierung mit dem Wohnquartier führen.

Liegt es nicht nahe, Arbeitssuchende über Hartz-IV-Programme als „Hausbetreuer“ einzusetzen? Hier liegen Beschäftigungs- und Qualifizierungs-Chancen, gerade für Migrantinnen und Migranten mit Kenntnissen der sprachlichen und kulturellen Bedürfnisse vieler Bewohnerinnen und Bewohner. Kleine Instandsetzungen und stetige soziale Kontakte können insgesamt große Wirkungen im Wohnumfeld erzeugen und die Attraktivität des Gebiets erhöhen.

In Hamburg hat sich gezeigt, dass der durch keine Grenzen markierte Übergang von privaten und öffentlichen Räumen, wie er in größeren Wohnanlagen oft anzutreffen ist, schnell zur Verwahrlosung öffentlicher, aber zur Anlage gehörender Flächen führt. Niemand fühlt sich verantwortlich, wenn Grün- und Gartenflächen entgrenzt sind, wenn große Eingangslobbys nur als Durchgang, nicht aber als gestalteter Kommunikationsort genutzt werden. Gerade solche nachträglichen Ausdifferenzierungen können mit Unterstützung arbeitsmarktlischer Programme in Verbindung mit den Vermietenden von Bewohnerinnen und Bewohnern geleistet werden. Es ist eine Binsenweisheit: Mitgestaltung bewirkt Verantwortung und Identifikation mit dem Sozialraum.

Ohne interkulturelle Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Wohnungswirtschaft wird es solche Programme nicht geben können.

Integration im Sozialraum ist kein Zufall. Ich habe bei meiner einjährigen Beratungstätigkeit im Verbundvorhaben der Schader-Stiftung „Sozialräumliche Integration von Zuwanderern“ gelernt, dass es eindeutige Kausalzusammenhänge zwischen ausgesuchten Interventionen und Integrationserfolgen in vielen Kommunen gibt.







Ressourcenorientierte Migrationssozialarbeit in der Stadt

1995. Bosnienkrieg. Auch in Göttingen leben Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet. Die Frauen treffen sich im Frauencafé des Göttinger Beratungszentrums für Flüchtlinge. Sie trinken Tee, basteln Tischschmuck und warten auf das Ende des Kriegs. Die Sozialarbeiterin des Flüchtlingszentrums überlegt hin und her, womit sie das Interesse dieser Frauen wecken könnte. Dann stellt sie eine folgenreiche Frage: „Was vermissen Sie eigentlich am meisten hier in Deutschland?“ Die Augen der Flüchtlingsfrauen leuchten. Ihre Antwort ist eindeutig: „Unsere Gärten.“

Warum also nicht auch in Göttingen Gärten bewirtschaften? Die Frauen machen sich auf die Suche nach einem geeigneten Grundstück und sind inspiriert von der Aussicht, einen zentralen Bereich ihres Alltagsleben wieder eigenhändig gestalten zu können. Ein Jahr später wird der erste Pachtvertrag unterschrieben. Eine Gruppe von drei bosnischen, zwei persischen, zwei deutschen, drei kurdischen, einer irakischen, einer äthiopischen und einer afghanischen Familie beginnt das Grundstück zu bearbeiten. Heute bauen Menschen aus 20 Nationen auf kleinen Parzellen

Obst, Gemüse und Kräuter an, lernen gemeinsam Deutsch, entwickeln Umweltbildungskonzepte, halten Vorträge und beraten andere Projekte.

Von den Internationalen Gärten Göttingen, die mittlerweile ein preisgekröntes und bundesweit anerkanntes Projekt der interkulturellen Integrationsarbeit sowie des bürgerschaftlichen Engagements sind, gehen wichtige Impulse für zukunftsfähige Formen der Neuwurzelung von Zuwanderinnen und Zuwanderern sowie für das Entstehen einer bereichernden kulturellen Vielfalt im Einwanderungsland Deutschland aus.

Die Göttinger Gärten haben in den vergangenen Jahren die Gründung von mehr als 20 Interkulturellen Gärten in Deutschland inspiriert; 40 weitere Projekte befinden sich im Aufbau. Sie haben sich im „Netzwerk Interkulturelle Gärten“ zusammengeschlossen, das von der Stiftung Interkultur koordiniert wird. Auch in München existieren zwei Gartenprojekte: Zum einen die lange vor dem Begriff „Interkulturelle Gärten“ erfolgreichen Bewohnergärten des ZAK Neuperlach, die aber de facto auch ein interkulturelles Konzept verfolgen – und zum anderen die „Münchener Gärten der Kulturen“, die seit diesem Frühjahr auf dem Gelände des Waisenhausgartens aktiv sind. Hier bebauen Menschen aus mehr als zehn Herkunftsländern mittlerweile 21 Parzellen und sind gerade dabei, als Gruppe zusammenzufinden.

In Interkulturellen Gärten bauen die Migrantinnen und Migranten gemeinsam mit Deutschen das an, was sie von zu Hause kennen. Ob die Keimlinge angehen oder nicht, wie die Pflanzen wachsen, was sie zum Leben benötigen und wie sie später aussehen – all das liefert den Flüchtlingen Informationen über den Boden, auf dem sie jetzt leben und über die Menschen, die hier ansässig sind. Die Experimente, die die Gärtnerinnen und Gärtner mit Pflanzen und Saatgut machen, sind dabei immer zugleich auch soziale Experimente. Wenn es das persische Saatgut nicht schafft, im schweren niedersächsischen Boden zu keimen oder das kurdische Korianderkraut unter der Gießkanne ertrinkt, machen die Migrantinnen und Migranten interaktive Erfahrungen mit ihrer neuen Heimat.

Interkulturelle Gärten haben auch Überlegungen zu einem neuen Ansatz in der ressourcenorientierten Migrationsarbeit inspiriert. Experimenteller Gartenbau, handwerkliche Tätigkeiten und selbst konzipierte Bildungsarbeit eröffnen neue Handlungsmöglichkeiten und Erfahrungsräume für Migrantinnen und Migranten. Die soziale Praxis in Interkulturellen Gärten verdeutlicht, dass ein Ansatz, der an vorhandenen Kompetenzen und Wissensressourcen ansetzt, extrem fruchtbar für Integrationsprozesse gemacht werden kann. Der spezifische Punkt der Integrationsprozesse in den Gärten ist die Möglichkeit, produktiv tätig sein zu können. Das Erkennen des Fremden im Eigenen und des Eigenen im Fremden als zentrale Voraussetzung für selbstbestimmte Integrationsprozesse und interkulturelle Begegnung setzt Souveränität voraus: Die Eigenversorgungspraxis in Interkulturellen Gärten verleiht den Beteiligten Souveränität. Souveränität ermöglicht es, Anderen als Gleiche begegnen zu können. Die Gärtnerinnen und Gärtner haben etwas in der Hand: selbst Geerntetes oder selbst Hergestelltes, das sie verschenken können oder zu dem sie einladen. Damit können sie zugleich anknüpfen an die Alltagskultur der Gastlichkeit, in denen viele von ihnen aufgewachsen sind. Etwas geben zu können, das bedeutet zum Beispiel für die

Flüchtlinge unter den Migrantinnen und Migranten, Perspektiven zu wechseln und ihren reduzierten Status alltagspraktisch verlassen zu können.

Viele Gärtnerinnen und Gärtner sind Gäste in Deutschland. In den Gärten können sie auch Gastgeber sein. Vom aktiven Tätigsein abgeschnitten und für ein Leben als *Empfänger* von Sozialleistungen vorgesehen zu sein, ist für viele Migrantinnen und Migranten eine Erfahrung erneuter Exklusion. Frauen unterliegen dabei häufig einem doppelten Ausschluss durch soziale Zuschreibungen und reale Gewaltverhältnisse: Ihr Bewegungsradius ist eingeschränkt; ihre Treffpunkte sind nicht die öffentlichen Orte, sondern beengte Wohnungen. Die Gärten dagegen sind jenseits der kulturspezifischen Imaginationen von Privatheit und Öffentlichkeit angesiedelt. Hierhin können Frauen gehen, ohne dem Ehrenkodex patriarchaler Familienverbände unterworfen zu sein. In den Gärten entstehen neue, häufig auch durch weibliche Verbindungen geknüpfte Netze, die in ihrer Bedeutung für den





Lebensalltag der Menschen an die zurückgelassenen Netzwerke anknüpfen. Frau Abid, Gründungsmitglied der Göttinger Gärten, erzählt von diesen Wahlverwandtschaften, die einerseits anknüpfen an die „traditionelle“ Geschlechtersegregation vieler Herkunftskulturen und andererseits die postmoderne Dynamik der Selbstkonstruktion von Biografien zum Ausdruck bringen:

„Früher sagte meine Tochter immer zu mir, Mama, lass uns rausgehen. Und ich sagte, wohin sollen wir gehen? Wenn wir aus der Wohnung gehen, sind wir auf der Straße. Wir haben keine Leute, wo wir hingehen können. Jetzt ist es anders. Jetzt haben wir die Gärten und die Leute aus den Gärten. Meine Tochter hat jetzt viele Tanten. Sie nennt die Frauen auch ihre Tanten. Frau Omar ist für meine Tochter eine Großmutter, sie nennt sie auch so. Sie möchte, dass wir bei Frau Omar übernachten. Und für mich selbst, für mein Gefühl kann ich sagen, das ist ein richtiger Weg für uns. Frau Omar ist für mich genau wie meine Mutter. Ich habe die gleichen Gefühle zu ihr.“

Vertraute Gefühle transferieren zu können in ein neues Leben ist Indiz dafür, angekommen zu sein, eine Brücke geschlagen zu haben zwischen dem alten Land und dem gegenwärtigen. Eine Heimat zu haben, das ist gerade nach traumatischen Fluchterlebnissen fundamental für das Überleben. Heimat als dynamisches Konzept zu begreifen, das auch diejenigen, die sie gewaltsam verloren haben, neu konzipieren können, kann therapeutischen Wert haben.

Bei den Gärtnerinnen und Gärtnern handelt es sich um Akteure, die häufig alles zurückgelassen haben – nicht nur Hab und Gut, sondern auch soziale Bindungen und Zugehörigkeiten. Solche Zusammenhänge behutsam wiederherzustellen und den Menschen damit die Möglichkeit zu geben, ähnlich wie beim Wurzeln Schlagen von Pflanzen, neuen „Boden unter den Füßen“ zu gewinnen, ist Sinn und Zweck dieser Projekte (vgl. Müller 2002).

Die Arbeit in den Gärten besitzt über die Berührung von so elementaren Dingen wie Erde und Pflanzen ein kulturübergreifendes, verbindendes Potenzial. Anknüpfen an den Agraralltag der Herkunftskulturen, das heißt auch, eine Verbindung herzustellen zwischen den verlassenen und den neuen Orten. Es ist das vertraute Aussehen der Pflanzen, das der eigenen Geschichte Gestalt verleiht.

Eine Gartenaktivistin erzählt, wie sie bei einem Waldspaziergang in Göttingen ein Kraut entdeckte, von dem sie annahm, dass es nur in Kurdistan wächst:

„Wir haben es probiert, und es war lecker. Das hat sich herumgesprochen. Jetzt rufen mich die Kurden an, und wir gehen alle zusammen in den Wald und suchen nach diesen Kräutern. Sie sammeln dann ganz viel und frieren das Kraut ein, damit sie es auch im Winter essen können.“

Die Migrantinnen und Migranten schätzen nicht nur den symbolischen Austausch, der über die Aktivitäten in und um die Gärten entsteht, sondern auch dessen Produkte. Frau Abid verdeutlicht, wie wichtig der Zugang zu hochwertigen Lebensmitteln für ein würdiges Leben im Exil ist:

„Bei uns zu Hause war alles bio, alles frisch. Hier leider nein. Hier ist viel Gift im Essen. In Bagdad ist überall Markt, und jeden Morgen kommen die Sachen frisch. Die Hühner leben noch auf dem Markt. Hier ist bio sehr teuer. Das kann ich nicht bezahlen. Wenn meine Eltern Brot gekauft haben, haben sie erst die Weizensorte ausgesucht, und wenn es nicht geschmeckt hat, haben wir das Brot zurückgegeben und neues bekommen. Manche Deutsche denken, wir haben arm gelebt, aber wir haben nicht arm gelebt. Hier leben wir arm. Wir können uns gutes Essen nicht leisten.“
(zit. in Müller 2002: 74)

Die Bedeutung, die qualitativ hochwertiges Essen in vielen Kulturen hat, findet ihre Entsprechung in den Pflanz-, Ernte- und Zubereitungspraktiken in den Gärten. Diese Tätigkeiten nehmen im Kontext ihrer vielfältigen kulturellen Bedeutungsebenen eine Brückenfunktion ein. Denn die Gründe für den großen Integrationserfolg, den Interkulturelle Gärten aufweisen können, sind vor allem in ihrer spezifischen Positionierung in „Zwischenräumen“ zu suchen: Anders als andere Integrationsprojekte bilden die Gärten in mehrfacher Hinsicht eine (keinesfalls mit einer Einbahnstraße zu

verwechselnde) Passage zwischen dem Herkunfts- und dem Aufnahmeland der Gärtnerinnen und Gärtner sowie zwischen ihrer biografischen Vergangenheit und ihrer Gegenwart (vgl. Müller/Werner 2003).

Diese komplexe Herangehensweise ist wirksam sowohl für Migrantinnen und Migranten, denen sich neue Möglichkeiten einer (Re-) Konstruktion ihrer Identitäten bieten als auch für die Akteure, die auf der Suche sind nach neuen Wegen in der Migrationsarbeit. Denn Interkulturelle Gärten sind ein Paradebeispiel für einen innovativen Ansatz. Nicht zuletzt aus diesem Grund wächst das Interesse von Kommunen, Kirchen und Initiativen am Aufbau eigener Interkultureller Gärten enorm. Jedes Gartenprojekt bildet dabei seinen eigenen Schwerpunkt heraus: Die einen spezialisieren sich auf interkulturelle Bildungsarbeit, die anderen auf die therapeutische Arbeit mit Traumatisierten und wieder andere auf berufliche Qualifizierung und den Aufbau von Klein-Business. Aufgrund der großen Nachfrage hat die Münchener Forschungsgesellschaft „anstiftung“ als langjähriger Kooperationspartner der Internationalen Gärten Göttingen im Januar 2003 die Stiftung Interkultur gegründet (www.stiftung-interkultur.de).

Welche Ziele verfolgt die Stiftung Interkultur?

Die Stiftung Interkultur fördert, berät, erforscht und vernetzt Interkulturelle Gärten. Die Stiftung Interkultur steht für eine Auffassung von Integration, die an den Stärken und Kompetenzen der Migrantinnen und Migranten ansetzt. Die Stiftung nimmt zudem neue Perspektiven aus Theorie und Praxis der weltweiten Migrationsbewegungen auf und erforscht auf diesem Hintergrund das soziale Geschehen in den Gartenprojekten.

Die Stiftung Interkultur verfolgt damit einen ressourcenorientierten Ansatz, wie er auch in der sozialen Arbeit zunehmend verfolgt wird. Ziel ist, kulturelle Differenz nicht zu nivellieren,



sondern vielmehr positiv zu wenden und sie sozial produktiv zu machen.

Leider wird die Einwanderungsdebatte in Deutschland nach wie vor auf reduktionistische Weise als arbeitsmarktpolitische Debatte geführt. Paradoxerweise beklagt man zugleich, dass sich zunehmend mehr Einwanderinnen und Einwanderer aus ethnisch homogenen Communities wie z. B. der türkischen – und insbesondere die Frauen unter ihnen – dem Erlernen der deutschen Sprache bzw. angeblich „der Modernität“ schlechthin verweigern. Fundamentale Kenntnisse der deutschen Sprache sind eine elementare Voraussetzung für Integration – nur erlernt sich Sprache nicht allein im Kurs. Ein erfolgreicher Spracherwerb benötigt eine Einbettung in sinnstiftende soziale Zusammenhänge. Wer diese Zusammenhänge nur im Lohnarbeitsbereich erkennt, übersieht einen beträchtlichen Teil der zugewanderten Bevölkerung. Denn Gradmesser für Integration ist immer noch der vermeintliche „Normalfall“ einer lebenslangen und lebensstrukturierenden Erwerbsbiografie, die ihrerseits jedoch in der so genannten nachindustriellen Moderne längst nicht mehr zur selbstverständlichen Ausstattung aller Gesellschaftsmitglieder gehört.

Was aber geschieht mit all den Menschen, deren reale Existenz nicht an den Erwerbsarbeitsprozess gekoppelt ist? Und was passiert mit den sozialen und kulturellen Ressourcen, die diese Menschen mitbringen, die aus nicht- oder anders industrialisierten Ländern kommen und keine Sozialisation als potenzielle Lohnarbeiter durchlaufen haben? Was ist mit den Frauen in diesem Land, die über andere sprachliche und kulturelle Hintergründe verfügen? Und welche Perspektiven eröffneten sich, würde man Integrationskonzepte entwickeln und fördern, die auch an diejenigen sozialen Kompetenzen anknüpfen, die sich nicht in erster Linie in der Erwerbsarbeit verwerten lassen?

Richtet man nämlich den Fokus weg von den vermeintlichen Defiziten der vermeintlich Anderen, weg von äußeren Attributen wie Kopftüchern oder Muezzinrufen, und beleuchtet



die alltäglichen Überlebensstrategien und die Gestaltung des Alltags der eingewanderten Frauen, Kinder und Männer, wird erkennbar, dass längst auch transkulturelle Räume entstanden sind, in denen höchst eigene Formen von Integration im Kontext multiethnischer Identitätsbildung erfunden und praktiziert werden – und zwar nicht, wie viele annehmen, ausschließlich über Erwerbsarbeit, sondern vielmehr auch und gerade über „gebrauchswertorientiertere“ Zugänge zur sozialen Realität.

Nur wenige Forschungs- und staatliche Institutionen wie das Osnabrücker Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) oder das Deutsche Jugendinstitut in München (DJI) haben bislang die Relevanz dieser Fragestellungen erkannt. Im DJI z. B. ist ein Forschungsprojekt geplant, das im Anschluss an den 6. Familienbericht des Bundesministeriums für Frauen und Familie ein familienpolitisches Integrationsinstrumentarium im sozialen Nahraum entwickeln soll. Hier



ist eine Blickveränderung intendiert vom klassischen Instrumentarium der Sozialarbeit und der sozialen Dienste auf das Lösungspotenzial von Selbstorganisation und Selbsthilfe auf der Basis eines ressourcenorientierten Ansatzes. Ausgangspunkt dieses Perspektivenwechsels ist die Tatsache, dass sich Migration weitgehend von der Arbeitsmigration auf Familienzusammenführung und Heiratsmigration verlagert hat. Das bedeutet, dass in der Frage des Eingliederungsprozesses von Migrantinnen und Migranten ihre sozialen und familialen Netzwerke von wachsender Bedeutung sind. Hierzu kommentiert der Familienbericht: „Der entscheidende Unterschied zur Arbeitsmigration ist darin zu sehen, dass der Zuzug über einen anderen Aufnahme- und Eingliederungsmechanismus erfolgt: Es ist dies (zumindest zunächst) nicht mehr die strukturelle Eingliederung in das Beschäftigungssystem der Aufnahmegesellschaft mit allen damit verbundenen individuellen Qualifizierungsprozessen und Gelegenheiten der Kontaktaufnahme zu Mitgliedern dieser Gesellschaft. Vielmehr erfolgt diese Eingliederung (zumindest zunächst) ausschließlich aufgrund der sozialen Beziehungen zu und innerhalb der Migrantinnenminorität, d. h. an die Stelle des Humankapitals als wichtigstem Faktor für den Verlauf des Eingliederungsprozesses ist das gruppenspezifische

soziale Kapital getreten.“ (6. Familienbericht, Kapitel VII; <http://www.bundesregierung.de/>)

Den Raum zu weiten, aus den sozialen Beziehungen der Migrantenminoritäten herauszutreten, ist in Interkulturellen Gärten möglich. In diesen Prozessen der Expansion werden Wissensbestände und Kompetenzen der Beteiligten geborgen und im Kontext der Gärten neu verknüpft. In einem Garten ist es für viele Flüchtlinge möglich, an vertraute Tätigkeitsfelder anzuschließen, diese neu fruchtbar zu machen und in Beziehung zu anderen zu setzen bzw. sie auch einbetten zu können, z. B. in den Kontext von Nachhaltigkeit.

Wir stellen in den mit uns kooperierenden Projekten immer wieder fest, dass es für die beteiligten Gärtnerinnen und Gärtner wichtig ist, nicht nur auf ihrer Parzelle Gemüse anzubauen, sondern in einem internationalen Netzwerk eine Rolle zu spielen. Sie nehmen wahr, dass ihre Stimmen auch in anderen Ländern gehört werden; dass ihre Aktivitäten über den Garten hinaus Beachtung finden, und dass es viele Menschen in ihrer Situation in aller Welt gibt, die auf eine ähnliche Weise versuchen, wieder Boden unter den Füßen zu bekommen – und dabei anerkannte Beiträge in den Aufnahmegesellschaften zu leisten.

Internationales Netzwerk

Hierin liegt die zentrale Motivation für die internationale Vernetzungsarbeit der Stiftung Interkultur. Die Stiftung Interkultur steht nach fast zwei Jahren ihres Bestehens im engen Kontakt mit der Bewegung der Community Gardens in den USA und mit BEN, dem „Black Environment Network“ in Großbritannien. Dieses Netzwerk von ethnischen Minderheiten ist ähnlich wie die Stiftung Interkultur an der Schnittstelle von Nachhaltigkeit und Migration aktiv. Es koordiniert eine Fülle von Umweltprojekten – wobei BEN unter „Umwelt“ nicht nur die natürliche Umwelt versteht, sondern auch das kulturell-bauliche Erbe. Die Organisation formuliert als oberstes Ziel die vollständige gesellschaftliche Partizipation von ethnischen Minderheiten. Das bedeutet nicht nur, dass in einer City Farm inmitten von London arabisches Gemüse angebaut, englisches Geflügel versorgt, aussterbende Schweine-rassen gezüchtet und indische Gerichte in der Gemeinschaftsküche gekocht werden. Das bedeutet auch, dass die lokalen BEN-Organisationen Exkursionen mit Vertretern asiatischer oder afro-karibischer Minderheiten in die Highlands unternehmen und sich auf die Suche nach Spuren des kolonialen Erbes z. B. in der Landschaft oder in nationalen Baudenk-mälern machen. Diese Orte sollen interkulturell geöffnet werden, damit es auch für Migrantinnen und Migranten attraktiv ist, sie zu besuchen. Die ethnischen Minderheiten finden sich laut BEN in der eingeschriebenen Geschichte Großbritanniens erst dann wieder, wenn sie sich gespiegelt und repräsentiert sehen. Erst dann können sie in dem Land als „ganze Menschen“ ankommen – mit einer Geschichte, die über die persönliche Biografie hinausreicht – und eben neue Wurzeln schlagen.

Das ist genau der Hintergrund, auf dem z. B. der Koordinator der Internationalen Gärten Göttingen, Tassew Shimeles, beklagt, dass von Seiten der Umweltverbände und staatlichen Institutionen noch zu wenig unternommen wird, um Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in das Thema Umweltschutz zu integrieren. Sprachkompetenz ist eben bei weitem nicht die einzige Voraussetzung für Partizipation; kulturelle Vielfalt muss von allen Gesellschafts-mitgliedern gewollt und praktiziert werden. Dann wird auch erkennbar, welche Bereicherung in der Perspektive einer pluralen Einwanderungsgesellschaft liegen kann. Das wird auf der Mikroebene eines Interkulturellen Gartens schnell deutlich. Man sollte sich dabei nicht die polierte Ästhetik à la „United Colors of Benetton“ vorstellen. Die Besonderheit liegt vielmehr in Körper und Geist verbindenden Aktivitäten, deren anregendes schöpferisches Potenzial weit über die Gärten hinaus Resonanz findet und wertvolle Beiträge zur Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft liefert. Die Internationalen Gärtnerinnen und Gärtner bringen in den Prozess der Auseinandersetzung miteinander und mit Natur Wissensressourcen aus dem eigenen Erfahrungshintergrund ein – das Wissen also, das in der Ethnologie und Sozialanthropologie als „lokales“ oder „indigenes Wissen“ bezeichnet wird (vgl. Antweiler 1998; Long/Long 1992). Dieses Wissen ist eng verflochten mit sozialen Landschaften und Kulturlandschaften, mit den einzelnen Biografien sowie mit politischen und historischen Ereignissen. Es ist Wissen über Pflanzenschutz und Bodenfruchtbarkeit, über die Heilwirkungen von Pflanzen oder über die konkret beobachtbare Veränderung von Landschaften durch menschliche Eingriffe in die Natur. Und es ist Wissen über spezifische Formen des biologischen Anbaus, der Nahrungszubereitung oder auch der Konflikt-schlichtung und des Austausches miteinander. „Das Zusammenspiel mehrerer Faktoren macht die Interkulturellen Gärten zum privilegierten Ort der Produktion inter- oder trans-kulturellen Wissens. Dass dieses quasi als ein ‚Nebenprodukt‘ des Anbaus verschiedener Gartenfrüchte entsteht, ist vielleicht auch ein

wesentlicher Grund für die Produktivität der hier stattfindenden Prozesse. Die Aktivitäten bzw. die soziale Praxis in den Gärten berührt die unterschiedlichsten Ebenen, und darin liegt zugleich ihre Besonderheit: Die praktische Ebene des gemeinsamen Anbaus von Gartenfrüchten schließt auch das Teilen und Organisieren von Raum-Zeit und die kulturelle Repräsentation und Reflexion des „Eigenen“ gegenüber den jeweils anderen Kultur- bzw. Sinnzusammenhängen ein. Dieses öffentlich stattfindende und daher auch (zumindest mikro-)politisch bedeutsame Spiel kultureller Repräsentation gibt den beteiligten kulturellen Gruppen die Möglichkeit des Bergens ihrer eigenen kulturellen Besitztümer, die nun in Prozessen des Vermittelns, Verhandelns und Anerkennens in Beziehung zu anderen gesetzt werden. Die hier vollzogene Bewegung ist also – und das ist signifikant – eine doppelte: Zum einen sind bei den beteiligten Akteuren Pro-

zesse des Bewahrens und der Abgrenzung ihrer eigenen kulturellen Identität zu beobachten. Andererseits geht damit eine reflexive Verortung dieser eigenen kulturellen Position in einer interkulturellen ‚Landkarte‘ einher. Es scheint, dass genau diese Dialektik des Wieder-(Er-)Findens und der Neuverortung des eigenen Kulturrepertoires in Relation zu Anderen einen höchst effektiven Lernmechanismus von Selbst- und Weltaneignung in Gang setzt. Dass dieser die intelligentere Alternative zu den eindimensional argumentierenden Leitkulturvisionen darstellt, liegt auf der Hand, denn auf der Ebene des Individuums resultiert aus obigem Prozess die Verbreiterung seiner Möglichkeitsräume. Durch den Umstand, die eigene Geschichte und die eigene Würde bewahren zu dürfen, ohne dies in einer defensiven Pose „einklagen“ zu müssen, gewinnen die Einwanderer die Möglichkeit, einen aktiven gesellschaftlichen Beitrag leisten und eigene Lebens- und Erfolgsziele formulieren und umsetzen zu können.

Führt man sich das soziale Geschehen in den Gärten vor Augen, beeindruckt die Eleganz der dies- und jenseits der vielen Grenzen im „Patchwork“ des unentwegt verhandelten Mit- und Gegeneinanders vollzogenen Prozesse, etwa des Raum-Zeit-Managements, der Zusammenarbeit, der Konfliktschlichtung und anderer Aufgabenstellungen. Wir finden es daher nicht übertrieben, die Interkulturellen Gärten aus diesem Blickwinkel als eine ‚lernende Organisation‘ zu betrachten, die ohne starre hierarchische Setzungen auskommt und dabei höchst produktiv ist.“ (vgl. Müller/Werner 2003)

Lokales Wissen unter den Bedingungen des Exils zu rekonstruieren ist immer ein bedeutsames biografisches Ereignis – und ihm gebührt gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Respekt. Deshalb sieht es die Stiftung Interkultur als ihre Aufgabe an, generiertes Wissen aus diesen neuen Sozialräumen und die Bedeutung der dort geleisteten Integrationsarbeit für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft in „Resonanzräume“ wie Wissenschaft und Politik zu transferieren.



Kooperationsprojekt mit der FH Bielefeld

Einen solchen Wissenstransfer erprobt die Stiftung Interkultur zurzeit in einem Kooperationsprojekt mit der Fachhochschule Bielefeld. Das Forschungs- und Entwicklungsprogramm unter dem Titel „Territorium, Sozialraum und Identitätsbildung: Interkulturelle Gärten als Best Practice für die Migrationssozialarbeit“ beabsichtigt, die in den Gärten entstehenden Erfahrungs- und Wissensbestände in „deutsche“ Ausbildungsinstitutionen zu transferieren und die Ausbildung von Sozialpädagoginnen und -pädagogen interkulturell zu öffnen. Das Pilotprojekt bringt Studierende der Sozialarbeit und der Sozialpädagogik in die Gärten, die sich in Exkursionen einen Eindruck verschaffen können von einer selbstbestimmten Integrationsarbeit der Migrantinnen und Migranten. Außerdem werden Gärtnerinnen und Gärtner in die Seminare der FH eingeladen, um dort Vorträge zu halten und aus ihrem Alltag zu berichten. Das Kooperationsprojekt zielt auf eine interkulturelle Öffnung der Ausbildung im Bereich Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Ebenen der Kooperation sind:

- a) drei Explorationsseminare mit begleitender Exkursion in die interkulturellen Gartenprojekte Dessau, Leipzig und Göttingen sowie Vorträge von Vertreterinnen und Vertretern der Gartenprojekte in Marburg und Kassel in der FH Bielefeld,
- b) die Entwicklung eines Lehrmoduls „Interkulturelle Sozialpädagogik“ mit exemplarischer Behandlung der Interkulturellen Gärten und
- c) die Publikation eines Lehrbuchs für weitere Bildungseinrichtungen (Fachhochschulen u. a. Bildungsträger).

Wir haben in der Erprobung des Pilotprojekts Wissenstransfer bereits nach kurzer Zeit die Erfahrung gemacht, dass die interkulturelle Öffnung von Institutionen dann möglich ist, wenn sie vom Geist der Inspiration beflügelt und von Menschen getragen wird, die sich dafür begeistern, sich selbst in den Anderen zu erkennen und in einen Austausch zu treten. Interkulturelle Gärten sind wegen der hier gebotenen Möglichkeiten des sprachlichen und sinnlichen Austauschs prädestinierte Sozialräume für erfolgreiche Prozesse von sozialer Inklusion auf allen beteiligten Seiten.

zum Weiterlesen

Müller, Christa (2002): Wurzeln schlagen in der Fremde. Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse, München

Müller, Christa/Werner, Karin (2003a): Stiftung Interkultur. Ein neues Modell für ökologische und transkulturelle Kooperation. In: Elsner, W./Biesecker, A. (Hg.): Neuartige Netzwerke und nachhaltige Entwicklung. Komplexität und Koordination in Industrie, Stadt und Region, S. 309–323, Frankfurt/M.

Müller, Christa/Werner, Karin (2003b): Von der Kultur zur Interkultur. Begriffliche Grundlagen der modernen Migrationsgesellschaft, Feature für den Hessischen Rundfunk, Sendetermin Februar 2003 (Download unter www.stiftung-interkultur.de)

Kontakt

Stiftung Interkultur
Daiserstraße 15, Rgb., 81371 München
Tel. (089) 74 74 60 19
Fax (089) 74 74 60 30
E-Mail: Christa.Mueller@anstiftung.de
Internet:
www.anstiftung.de, www.stiftung-interkultur.de



Habitat – ein Beispiel für internationales Stadtleben

Vorbemerkungen

Die Internationalisierung besonders der Städte ist seit langem eine Selbstverständlichkeit geworden – was aber nicht heißt, dass die Hilfestellungen für die zugewanderte ebenso wenig wie für die aufnehmende Bevölkerung bereits entwickelt wären. **„Stadt ist der Ort, wo Fremde wohnen.“** Siebel macht die Begegnung mit dem Fremden zum Definitionsmerkmal von Stadt (vgl. Walter Siebel, „Die Stadt und die Fremden“ in J. Brech und L. Vanhove (Hrsg.), Stadt im Wandel, Darmstadt 1997, S. 33 ff).

Nun ist der Umgang mit Fremden in Deutschland – stärker als in anderen Industrienationen – misslungen. Das Dritte Reich und ein leider auch heutzutage aus dunklem Untergrund durchbrechender Rassismus hat es wichtig werden lassen, Lösungsmöglichkeiten für eine wechselseitige Integration von Migrantinnen und Migranten und Deutschen zu suchen und konkret umzusetzen. Mit dem **Bau- und Nachbarschaftsexperiment „Habitat“** am Kronsberg in Hannover haben wir einen Beitrag zu einem Lösungsansatz aus Anlass der Weltausstellung Expo 2000 zu entwickeln versucht.

Integration von Zuwanderern gelingt nicht zuletzt durch gegenseitiges Wahrnehmen, Kennenlernen und Nähe in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz, in der Wohnumgebung. Von Anfang an und in konsequenter Ausrichtung hat das Habitat-Projekt einen Ansatz zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in die deutsche „Aufnahmebevölkerung“ durch räumliche und organisierte Nähe in einem Wohnquartier des Sozialen Wohnungsbaus

angestrebt. Dazu wurde zielgerichtet eine integrationsgeeignete **„Hardware“** in Form von 93 öffentlich geförderten Wohnungen und einem Gemeinschaftshaus durch das Gundlach Wohnungsunternehmen (Gesellschafter und Geschäftsführer bis 2001: Prof. Peter Hansen, Initiator des Wohnprojekts) und die **„Software“** in Form der gelebten multikulturellen Nachbarschaft und des ihr dienenden selbstverwalteten Nachbarschaftsvereins Habitat e. V. gestaltet.

Sozialer Kontext des Habitat-Projekts

Zuwanderung in Hannover und im Stadtteil Kronsberg

Der Anteil der nicht deutschen Zugewanderten ist in Hannover – wie in anderen Großstädten auch – mit über 15 % überdurchschnittlich hoch (2001: 77.000 Personen); der niedersächsische Landesdurchschnitt liegt bei etwa 6 %. Die Wohnbevölkerung im neu gebauten Stadtteil Kronsberg hat einen **Ausländeranteil von gut 18 %**. Da in der Entstehung des neuen Wohnquartiers im Zusammenhang mit der **Weltausstellung Expo 2000** als Anreiz für die Immobilienwirtschaft eine großzügige öffentliche Bauförderung für ökologische Maßnahmen angeboten wurde,

entstanden hauptsächlich Sozialwohnungen mit und ohne städtische Belegrechte, womit sich der erhöhte Ausländeranteil erklärt.

Der Kronsberg ist am äußeren südöstlichen Stadtrand innerhalb von etwa drei Jahren als eine Art Bauausstellung der Expo hochgezogen und besiedelt worden. Er ist auf einer landwirtschaftlichen Fläche als **künstliches, städtebaulich strenges Gebilde** entwickelt worden, ohne Bezug zu historischen Siedlungsstrukturen und vom Nachbarstadtteil durch einen Grünzug sowie eine Bahntrasse getrennt. Die niedrigen, preisgebundenen Sozialmieten bei Neubauqualität haben zu einem Zuzug von Familien und Einzelpersonen mit niedrigen und mittlerem Einkommen sowie Personen mit etwas schlechterer sozialer Lage als im Stadtdurchschnitt geführt. Die fehlende urbane Atmosphäre einer gewachsenen Siedlung wurde durch einen guten Verkehrsanschluss, ein neues Stadtteilzentrum, Kirchen und Spielparks zu ersetzen versucht.

Die Ausländeranzahl liegt am Kronsberg bei 1200 Personen bei einer Gesamtmenge von 6500 Bewohnerinnen und Bewohnern in ca. 3000 Wohnungen. Laut städtischer Statistik war zum Ende 2001 die Verteilung der einzelnen Personengruppen nach Herkunftsnation

oder -kontinent wie folgt: Asien 25 %, Polen 17 %, Türkei 16 %, ehemaliges Jugoslawien 7 %, die übrigen Europaländer 26 %, Afrika 6 % sowie sonstige Länder 3 %. Da vor allem junge Familien eingezogen sind, ist der Anteil der Kinder prozentual gut doppelt so hoch wie im Stadtdurchschnitt, während der Altenanteil vergleichsweise sehr gering ist. Der im Vergleich zum Stadtdurchschnitt prozentual dreimal so hohe Aussiedler-Anteil mit deutscher Staatsbürgerschaft verstärkt die Zuwanderungsrelationen am Kronsberg zusätzlich. Die Aussiedler sind statistisch nicht differenziert ausgewiesen; dieser Personenkreis gehört aber trotz seiner deutschen Nationalität in den sozialen Kontext der Zuwanderung und fällt aufgrund seiner Vorliebe für die Sprache der Herkunftsländer, insbesondere bei den sich abgrenzenden Jugendlichen, im Stadtteilbild auch auf.

Das **soziale Klima** zwischen Zugewanderten und deutscher Aufnahmebevölkerung am Kronsberg ist **angespannt** und **von den verbreiteten Vorurteilen geprägt**. Der fremdsprachliche Umgangston in den Wohnquartieren, die hohe Anzahl ausländischer Kinder in Betreuungseinrichtungen und die anderen Lebens- und Wohnstile sind in dem neuen Stadtteil auffälliger und stärker kritisiert als in gewachsenen, urbanen Stadtvierteln.

Viele Beteiligte haben sich bei der **guten Konzipierung und Erstellung** des Stadtteils schon frühzeitig um die erwartbaren Probleme des ahistorisch schnell gewachsenen Ausstellungs-Stadtteils Kronsberg gekümmert. Die Landes- und Stadtverwaltung hat die Belegungsregeln für den sozialen Wohnungsbau großzügig gehandhabt und den Wohnungsunternehmen die Auflage gemacht, in allen Wohnquartieren so genannte Verfügungsflächen für die Eigeninitiative der Mieter entstehen zu lassen. Das Stadtteilzentrum „Krokus“ ist besonders qualitativ gebaut sowie ausgestattet worden. Ein Stadtteilkordinator hat das Zusammenwachsen der Bevölkerung in verschiedensten Teilgruppierungen und lokalen Mitwirkungszielen gefördert.



Ziele und Maßnahmen des Habitat-Projekts

Erfahrungshintergrund bei der Migrantenintegration im Sozialen Wohnungsbau

Gundlach ist eine private bau- und immobilienwirtschaftliche Firmengruppe mit ca. 180 Mitarbeitenden, die seit über 110 Jahren in Hannover in familienbetrieblicher Struktur existiert. In ihrem Wohnungsunternehmen sind 70% der eigenen 3500 Wohnungen öffentlich gefördert und unterliegen der Preisbindung sowie kommunalen oder anderen Belegrechten; Migrantenfamilien sind ein großer, besonders geförderter Kundenkreis der Firma. Das Unternehmen ist **um Gemeinnützigkeit bemüht** und hat gerade einen Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht, in dem neben ökonomischen vor allem soziale und ökologische sowie kulturelle Ziele und ihre Erfüllung erörtert werden. In einer Reihe von drei großen Bauexperimenten (Europahaus 1993, Regenbogensiedlung 1996) wurde im Zusammenhang mit der Weltausstellung Expo 2000 auf dem benachbarten Kronsberg als drittes das „Habitat-Quartier“ für eine multikulturelle Bewohnerschaft realisiert. Es dient der Umsetzung von Erfahrungen über das Zusammenleben von Migrantinnen, Migranten und Deutschen in einem **reflektierten Optimierungsversuch**. Etwa ein Drittel der Mieterinnen und Mieter des Wohnungsunternehmens haben eine Herkunft aus anderen Ländern und eine entsprechende kulturelle Prägung; die Spannweite des Migrantenanteils (einschließlich Aussiedlerinnen und Aussiedler) in den verschiedenen Häusern variiert dabei von zwei bis 85 Prozent – ein großes Erfahrungspotenzial für die experimentelle Bündelung in einem Projekt des sozialen Wohnungsbaus. Migrationsbezogene Projekte hat das Gundlach Wohnungsunternehmen seit den 70er-Jahren umgesetzt:

- Wohngemeinschaften für „Gastarbeiter“ von den Baustellen in landsmannschaftlichen und religiös zusammengesetzten Gruppen
- Sanierungsprojekt einer Selbsthilfe-Renovierung eines Hauses mit einem Gebetsraum durch türkische Familien
- Büroangebot für amnesty international seit 1975 (kostenlos)
- Kooperation mit dem Ausländerbeirat, amnesty, dem Netzwerk Flüchtlingshilfe und anderen Migrantenorganisationen und der Ausländerbeauftragten des Landes Niedersachsen
- Beschäftigung einer Russisch sprechenden Sozialarbeiterin speziell zur besseren Integration osteuropäischer Mieter in einem Sozialwohnungs-Stadtteil
- Koordination eines multikulturellen Stadt-festes aus Anlass der 750-Jahr-Feier der Stadt Hannover

Projektidee „Habitat“: Konkretisierung der Agenda 21 in Städtebau, Architektur und Migranten-Integration

Die richtungsweisende UNO-Konferenz 1992 in Rio hat mit der Agenda 21 die Ausweitung der **ökologischen** Thematik auf die Suche nach einer umfassenden Nachhaltigkeit der Gesellschaften der Welt erbracht. Die Habitat-II-Folgekonferenz in Istanbul 1996 hat zusätzlich **wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lösungsmöglichkeiten** für das Zusammenleben und -wohnen in Ballungsräumen bearbeitet. Die Einladung zu einem Vortrag von Gundlach durch die Bundesregierung dorthin hat der Habitat-Projekt-Vorbereitungsgruppe Gelegenheit gegeben, türkische Wohnwünsche und Nachbarschaftsformen konkret kennenzulernen.



Integration gelingt durch Nähe, nicht zuletzt durch räumliche. Wohnquartiere bieten die Gelegenheit und den gebauten Rahmen für ein gegenseitiges Kennenlernen, aus dem multikulturelle Neugier und mindestens Toleranz entstehen kann. Die Wohnungswirtschaft kann hierzu also Wesentliches leisten. Und dies fügt sich in die immobilienwirtschaftliche Marketing-Einsicht, dass Menschen nicht nur vier Wände und eine Decke über dem Kopf, sondern ein „befriedigendes Wohnerlebnis“ einschließlich einer **guten Nachbarschaft** wollen.

So entstand die Idee, im Rahmen der Entwicklung eines sozio-ökologischen Vorzeigestadtteils am Kronsberg neben der Weltausstellung ein fast 10.000 Quadratmeter großes Grundstück mit etwa 93 geförderten Sozialwohnungen bewusst für eine internationale Mieterschaft zu beplanen, bebauen und verwalten.

Planen für ein multikulturelles Wohnen

Migrantinnen und Migranten, die in Ballungsräumen oft mehr als ein Siebtel der Bevölkerung stellen, sind für die deutsche Wirtschaft, insbesondere für die Wohnungsunternehmen, kein sonderlich beachtetes Marktpotenzial. Am liebsten wird weithin eine „Feinverrieselung“ in den Wohnungsbeständen („Ein Migrant pro Hauseingang, das geht noch“) angestrebt oder Restnutzung angeboten. Über Wohnwünsche von Migrantinnen und Migranten war wenig bekannt. Durch Expo-Projektmittel war Spielraum für eine vorgeschaltete **Grundlagen-Forschung**. Das Stadtplanungsamt hatte durch die richtungsweisende Bebauungsplanung den städtebaulichen Rahmen und durch den Themenschwerpunkt „Stadt als sozialer Lebensraum“ besondere Kooperation angeboten.

Gundlach hat nun zunächst einen **Projektbeirat** gebildet, in dem das bauzuständige Sozialministerium, Stadtplaner, Architekten, themenbezogene Fachwissenschaftler und viele kommunale Ausländervertretungen zusammenwirkten. In zwei Kolloquien berichteten Migrantenwohnprojekte aus Wien und anderen Städten sowie Migrationsforscher über Grundlagen und Erfahrungen.

Daran schloss sich eine **Befragung** von mehr als 400 örtlichen Migranten-Haushalten durch das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung Hannover an. Nur wenige Migrantinnen und Migranten wollten unter sich wohnen und schon einige mehr wollten nur mit Deutschen und mit deren Wohnstandards leben. Zwei Drittel wünschten sich ein internationales Wohnviertel. Bezogen auf Grundrisswünsche waren große Wohnküchen und abtrennbare, gern auch kleinere Wohnzimmer, aber große Kinderzimmer gefragt. Die Außenraum-Anbindung und -Nutzung mit privaten und halböffentlichen Bereichen war in der stärkeren Kinderorientierung besonders gewünscht.

In den vertiefenden Diskussionen im Beirat wurde erkennbar, dass der **moslemische Glaube** – die bei weitem verbreitetste Religion unter den Migrantinnen und Migranten – **spezielle Wohnanforderungen entwickelt hat**. Deshalb wurde vereinbart, ein Zehntel der Wohnungen speziell hierfür bereitzustellen. Dazu gehört die Vermeidung der Toilettenstellung Richtung Mekka, wohin gebetet wird, die optische Trennung von WC und Waschbecken (wg. religiöser Gebetswaschungen), verbesserte Nichteinsehbarkeit der Zimmer und – wegen der Trennung bei Besuchern nach Geschlecht – große Küchen und abtrennbare, kleinere Wohnzimmer und anderes mehr.

Insgesamt hat die Bedarfsforschung ergeben, dass die konventionellen Grundrisse mit kleinen, funktionalisierten Küchen („Frauenarbeitsraum“) und großen, repräsentationsgeeigneten Wohnzimmern („Herren-erholungs-



raum“) sowie großen Eltern- und kleinen Kinderzimmern gemäß verbreiteten innerfamiliären Hierarchien inzwischen weniger Akzeptanz finden. Dies gilt genauso für junge deutsche Familien mit reflektierten, modernen Lebensansprüchen. Deshalb waren beide Nutzergruppen mit Allraumgrundrissen und Zentralküchen sowie bequemen Außenraum-Anbindungen gut bedient.

Die Migrantenvertreter wünschten sich neben dem begrenzten Anteil von muslimischen Wohnungen ein möglichst **normales Erscheinungsbild** des Wohnquartiers, da die meisten die Qualitäten des modernen Wohnens der deutschen Aufnahmegesellschaft zu schätzen gelernt hatten. Die Quotierung von 2/3 Deutschen und 1/3 Migranten sollte nur wenig verändert werden, um die Integrations-Chancen zu optimieren.

Die architektonisch beste Zonierung des Außenraumes, der Gebäudegestaltung und des differenzierten Grundrissprogramms wurde in einem wettbewerbsähnlichen Verfahren (Parallelbeauftragung des Vorentwurfs) durch drei ausgewählte Planungsbüros ermittelt. Der Projektbeirat wählte als Jury gemeinsam den Entwurf des **Planungsbüros Schmitz** (Architekten Gerlach und Riedel) zur Realisierung aus. Auch das **Büro für Landschaftsarchitektur Spalink-Sievers** war nach Mitwirkung in der Jury von Anfang an einbezogen und für die Außenanlagen beauftragt.

Die Forderung, dass die Wohnungen spätestens bis zur Expo-Eröffnung Anfang 2000 bezogen sein sollten, aber auch der entspannte Mietermarkt mit seiner Tendenz und seiner verbesserten Chance zu schnellem Wohnungswechsel hat eine zeitaufwändige Mieterbeteiligung verhindert. Dieses wurde allerdings durch die große Grundrisstypenvielfalt (40 verschiedene Wohnungszuschnitte) und die Mitwirkung von Fachvertretern der örtlichen Migrantenszene sowie die Mietermitwirkung bei der Außengestaltung und beim Quartiersmanagement weitgehend ausgeglichen.

Qualitäten des Habitat-Quartiers (Hardware des Projekts)

Die Landeshauptstadt Hannover hat durch den Bebauungsplan und den städtebaulichen Vertrag die für alle geltenden hohen ökologischen und sozialen Qualitätsstandards vorgegeben, nach denen im Habitat-Quartier über die Stadtkriterien und Infrastrukturleistungen hinausgehend gearbeitet wurde:

- Bebauung einer landwirtschaftlichen Brachfläche mit vorheriger Restnutzung durch Maisanbau

- quadratisches Grundstück 9360 qm, GFZ = 0,7 und GRZ = 0,4
- wirtschaftliche Bebauung mit 5 Gebäuden, 2,5 und 3,5 Geschosse, Pultdächer
- 93 Sozialwohnungen mit verschiedenen Grundrissen von 1 bis 7 Zimmern
- größtmögliche Größendifferenzierung der Wohnungen (31 – 136 qm je WE)
- Wohnfläche 6240 qm zuzüglich Gemeinschaftshaus (180 qm) mit Döner-Kiosk (30 qm) und Pizzeria (80 qm)
- 2 Tiefgaragen und 2 kleine, offene Kfz-Stellflächen
- Gesamtkosten 12 Mio. Euro, reine Baukosten 8 Mio. Euro brutto
- Miethöhe monatlich je qm 5,10 Euro zzgl. Betriebskosten (zurzeit 0,80 Euro je qm) und Verbrauchskosten, die von den Stadtwerken direkt erhoben werden (Wohnbauförderung für schwache sowie für mittlere Einkommensbezieher mit Baudarlehen und Aufwendungszuschüssen im 3. Förderweg)
- registriertes Expo-Projekt als Teil von „Stadt als sozialer Lebensraum“ der Landeshauptstadt Hannover mit ergänzender Sonderförderung
- Planung seit 1997, Bau Juni 1998–November 1999, Bezug ab Dezember 1999
- Erfüllung bzw. Übererfüllung der ökologischen Anforderungen des städtebaulichen Vertrags bezüglich Bodenmanagement, energetischer Optimierung (verschärfter Niedrigenergiestandard), Wasser- und Abfallkonzept
- starke Differenzierung (verschiedene Grundrisse, drei Erschließungstypen, vier Terrassen- und Balkontypen der Gebäude)
- Städtebau mit extrovertiertem Platz mit grüner Querachse und möbliertem Diagonalweg, drei halböffentliche Innenhof-Bereiche bei lockerer Gebäude-Gruppierung ohne Getto-Anmutung einer Blockrandbebauung





Probleme und erste Erfahrungen mit der Migranten-Integration im Nachbarschaftsverein Habitat (Software des Projektes)

Mischungsverhältnis der Nachbarschaft

Diskussionen im Projektbeirat und bei ersten Mieterversammlungen während des Baus haben die Einschätzung entstehen lassen, dass eine Vorgabe für die Mischung der Mieter nach ihrer ethnischen Herkunft wünschenswert seien und dass ein **Verhältnis von 1/3 Migranten und 2/3 Deutschen** geeignet sei. Gerade Migrantenvertreter hatten wegen des Integrationswunsches in eine deutsch geprägte Umgebung gegen einen höheren Migrantenanteil votiert. Eine weitergehende Quotierung nach Nationen oder eine Gruppierung in bestimmten Häusern war nicht gewünscht. Die Ablehnung einer höheren Wohnbaufinanzierung bei der Hinnahme von städtischen Belegungsrechten eröffnete den Spielraum für eine eigene Mieterauswahl des Wohnungsunternehmens. Die freie Gruppierung der Familien in den verschiedenen Wohnungen und fünf Häusern hat die Offenheit der Nachbarschaft im Quartier gestärkt.

Bewusstmachung und Auswahl der Bewohner

Anknüpfend an Berliner Erfahrungen wurde bei der Vermietung eine mit dem Deutschen Mieterverein abgestimmte Mietvertragsklausel verwendet, die rassistisches Verhalten und Drangsalierungen von Nachbarn vorsichtshalber zum Kündigungsgrund erhoben. In der Projektbroschüre und mit Zeitungsberichten war die internationale Orientierung für die Mieterschaft darüber hinaus sehr deutlich gemacht worden. Im Bewusstsein des Wohnungsunternehmens um die hohe und preiswerte Wohnqualität wurde den Mietern eine **Bewerbung** um die Wohnungen auferlegt. Dazu war ein Fragebogen vorgegeben, der u. a. nach der inneren Bereitschaft der

- differenzierte Freiflächen mit öffentlichen, halb-öffentlichen und privaten Zonen
- viele Allraum-Grundrisse mit großen Zentralküchen, teilweise flexible Trennwand-Elemente und 15 Maisonette-Wohnungen
- Erdgeschosswohnungen teilweise barrierefrei und behindertengerecht
- integrationsorientierte Planungs- und Nutzungskonzeption für 1/3 Migranten- und 2/3 deutsche Familien
- 10% der Wohnungen speziell nach muslimischen Glaubensregeln mit Anpassungen im Grundriss, Küchen- und Hygienebereich
- ebenerdiger Waschsalon, Pizzeria am Bouleplatz, Dönerimbiss mit Teestube als Kiosk für Nahversorgung
- großer Mietertreff mit 2 Feierräumen inkl. Gemeinschaftsküche mit allen Geräten, Fitnessraum mit 5 Trainingsgeräten, Sauna mit Dusche, Gebetsraum zur multireligiösen Nutzung und Büro für Quartiersmanager des Mietervereins

Migranten- und der deutschen Familien fragte, sich in wechselseitiger Toleranz und bewusst zu einer internationalen Nachbarschaft zusammenzufinden.

Es hat sich gezeigt, dass eine tief verankerte Integration ihre Zeit und Geduld braucht. Insbesondere haben die religionskonformen



Wohnungen (10%) besonders traditionsbewusste moslemische Familien angezogen, die sich erst allmählich für das nachbarschaftliche Zusammenleben öffnen.

Begegnungen in den Außenanlagen

Internationales Zusammenleben braucht (und schafft) **Hilfestellungen**. Am unkompliziertesten gelingt es durch Kinder und Jugendliche, die vorbehaltlos aufeinander zugehen. Dazu wurden besonders differenzierte Außenanlagen, Mietergärten, Spielgeräte, Pumpe mit „Bächle“ und Wasserbecken und ein zentraler Bouleplatz geschaffen. Der gesamte Außenraum wurde als autofreie, anregende Spielfläche vereinnahmt; unkompliziert können die Kinder ihre Spielsachen in den geschützten Innenräumen sogar draußen liegen lassen: Spielplatz ist überall.

Migrantenfamilien sind tendenziell stärker **kinderorientiert**, lassen ihnen mehr Freiheiten, erlauben ihren Kindern mehr Lärm und längere abendliche Spielzeiten als die meisten deutschen Eltern. Hierzu hat sich allmählich eine Anpassung auch bei den deutschen Familien zugunsten freieren Spielens entwickelt. Auch die Phantasie und Varianz der Kinderspiele ist angesichts der verschiedenen Herkunftskulturen größer. Das Hockey- und Fußballspielen zwischen den Häusern löst gelegentliche Klagen aus, wozu Kompromisse gefunden werden, da Freiheit und Rücksicht beides erziehungsrelevante Tugenden sind.

Zum Außenraum der Wohnungen gehören begrünte Dachterrassen, große Balkone und im Erdgeschoss kleine Mietergärten (33). Informationsveranstaltungen mit der engagierten Landschaftsarchitektin, Pflanzvorschläge und jährliche Pflanzbasare mit dem Angebot von geeigneten preiswerten Setzlingen und Blumen haben schnell zu einer engagierten Garten- und Kübelgestaltung geführt. Die Migranten- und einige deutsche Familien haben gern auch Tomaten, Bohnen und Kohl angepflanzt, zudem sind viele Kräutergärtchen entstanden.

In den sorgfältig zonierten privaten, halb-öffentlichen und öffentlichen Flächen des Quartiers sind zehn kleinteilige Sitzgruppen und Baumstämme zum Spielen aufgestellt. Die Kinder und Erwachsenen nutzen diese zum abwechslungsreichen Zusammensitzen und Klönen, was die zwanglose Kommunikation fördert.

Klönschnack in und vor dem Waschsalon

Ein archaisches Bild des Zusammenkommens in dörflichen Siedlungen war in früheren Jahrhunderten überall das gemeinsame Waschen und Trocknen an Bachläufen und Seeufern. Eine zeitgemäße Wiederbelebung dieser Kommunikationsform bietet im Habitat ein ebenerdiger zentraler **Waschsalon** mit Industrie-Waschmaschinen und Trocknern mit Münzautomatik. In und vor diesem Raum ist ein Radio und je eine Sitzgruppe zum Plausch

während der Waschgänge. Hier wird auch Tee gekocht, Kuchen gegessen und geraucht. Dieser Treffpunkt ist sehr geschätzt und fördert das unkomplizierte Kennenlernen beim Warten auf den nächsten Waschgang.

Offenes Zentrum auf dem Bouleplatz

Als eine **einladende städtebauliche Geste** wirkt der zur Haupteinfahrungsstraße gerichtete quadratische Spielplatz, der von neun großen Platanen überdacht und von sitzhohen Natursteinmauern eingefasst ist. Hier finden Boulespiele und gelegentlich Turniere, Ballspiele, Flohmärkte und andere Veranstaltungen (möbliert mit Bierzelt-Tischen und -Bänken) statt. Dieser Treffpunkt ist für das Selbstverständnis des Habitat-Quartiers sehr wichtig, da er Spaziergänger, Besucher und Nachbarn von gegenüber einlädt. Ähnlich wirkt auch die baumumstandene „Grüne Mitte“ und die von Sitzbänken flankierte Erschließungsdiagonale mit zwei 2/1-geschossigen Durchgangstoren in den äußeren Häuserzeilen. Diese Offenheit trägt dazu bei, den bei anderen Blockrandbebauungen auftretenden Getto-Charakter zu vermeiden. Habitat-Bewohner wollen Normalität und Transparenz für ihr internationales Zusammenleben.

Pizzeria und Dönerkiosk für Bewohner und Gäste

Am Rande des Bouleplatzes haben zwei unternehmerische Mieterfamilien eine Pizzeria und einen Kiosk für Döner, Getränke, Lebensmittel und Zeitungen eingerichtet. Durch ihre Außensitzplätze und Innenbestuhlung sind **Kommunikationsangebote** für die Bewohner und Gäste von „außen“ geschaffen, die gern angenommen werden. Ein Problem entsteht gelegentlich durch den Besuch trinkfreudiger Kunden des Kioskes.

Zusammenkommen, Beten, Sport und Spiel im Gemeinschaftshaus

In einem Gemeinschaftshaus wurde für Kinder und Erwachsene ein Angebot geschaffen, das

ein zwangloses, **selbstbestimmtes Zusammenkommen** fördert: Familienfeier- und Spielräume mit Tischtennisplatte, Tischfußball, Teeküche mit Herd, Spülmaschine, Eisschrank und Geschirr, Musik, Fernsehen und Spielsachen. Außerdem ein Fitnessraum mit fünf Trainingsgeräten und eine Sauna mit Dusche, die gegen ein geringes Entgelt gebucht werden können. Ein entsprechend hergerichteter Raum ist für Kontemplation und Gebet bereitgestellt; er wird freitags von Muslimen und sonnabends (mit wechselnder Ausstattung) von Katholiken genutzt. Es ist zu erwarten, dass weitere Religionsgruppen nach der Konsolidierung des Stadtteils dieses Angebot mitnutzen werden.

Nachbarschaftsförderung durch den Mieterverein Habitat

Nach häufigen Quartiersversammlungen und einigen Festen hat sich im Herbst 2000 ein **Habitat-Mieterverein** gebildet und dem Gemeinschaftsleben die wichtigsten Impulse gegeben. Ein Mieter hat gegen eine kleine Aufwandsentschädigung die Funktion des Quartiersmanagers mit der (Selbst-)Verwaltung des Gemeinschaftshauses für den Verein übernommen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 0,50 Euro je Familie und Monat und bringt kleine Preisvorteile bei den Nutzungsgebühren, aber auch Reinigungspflichten und dergleichen. Die Bewohner wählen aus ihrer Mitte jährlich den Vorstand. Als Bindeglied zum Vermieter hat der in Rente gegangene Geschäftsführer des Gundlach Wohnungsunternehmens die Funktion des Schatzmeisters übernommen.

Mit entsprechend motivierten Vereinsmitgliedern werden Nutzungsregeln für das Wohnen, Heiz- und Nebenkostenabrechnungen oder mieterinterne Probleme mit dem Wohnungsunternehmen diskutiert. Abgesehen von den städtisch teilsubventionierten Bau- und Einrichtungskosten des Gemeinschaftshauses (400 Euro je qm) sind die laufenden Kosten aus Beiträgen und Nutzungsentgelten weitgehend gedeckt. Bisher sind keine Vandalismus-

oder Graffiti-Probleme aufgetreten (sie sind im Kern sprachlose Kommunikationsformen gegenüber einem desinteressierten Vermieter) und manche Verwaltungskostenelemente im Habitat-Quartier konnten gemindert und die Wiedervermietung deutlich verbessert werden.

Das integrationsfördernde Zusammenleben im Habitat-Quartier ist von der **eigenständigen Initiative** und den **Selbsthilfewünschen** der Bewohner geprägt. Jeder kann die Räumlichkeiten nutzen für die selbst gestaltete Feier, Veranstaltung oder ein Gruppentreffen mit denjenigen Teilnehmern, die er einlädt oder die einfach zusammenkommen. Die räumlichen Möglichkeiten und die Ausstattung sind für alle Nutzungen geeignet. Die Raumorganisation, Anmeldung und Nutzungsentgelte betreut gegen eine niedrige Aufwandsentschädigung ein Quartiermanager, der selbst Mieter ist und nicht zuletzt durch seine Ehe mit einer moslemischen Türkin über die notwendige Sensibilität für Integrationsaspekte verfügt. Der Vorstand begleitet das Nachbarschafts- und Vereinsleben und initiiert Feste und Veranstaltungen zusammen mit dem Quartiermanager (für alle Hausmeisterangelegenheiten gibt es ein Büro in der Anlage und einen halbtägigen Mitarbeiter des Wohnungsunternehmens – diese Arbeitsteilung hat sich als sehr wichtig erwiesen). Viele Mieter haben darüber hinaus gemäß eigener Neigungen besondere Funktionen übernommen, z. B. Boulewart, Mädchengruppenleitung, Werkstattbetreuung, Ferienprogrammbegleitung, Flohmarktorganisation, Mitwirkung im Stadtteilgremium u. a. m., wodurch der Selbsthilfe-Aspekt betont wird.

Das oft nicht speziell integrationsorientierte, sondern eher allgemein nachbarschaftlich für alle gestaltete und sich selbst entwickelnde Gemeinschaftsleben kann aus einer Auflistung der Veranstaltungen des Nachbarschaftsvereins Habitat entnommen werden:

- Neujahrsempfang für alle Habitatbewohner mit Bezirksbürgermeister, Lokalpolitikern, evangelischen/katholischen Pfarrern sowie Moschee-Vertretern, Mitwirkenden in städ-



tischen Institutionen und Wohlfahrtsverbänden

- Zwei Mieterversammlungen zur Diskussion aller Nachbarschaftsthemen p. a.
- Religiöse Feiern christlicher Art (Weihnachten, Ostern) und moslemischer Art (Opferfest mit Hammelbraten und mitgebrachtem Essen)
- Frühlings-, Sommer-, Herbst- und Winterfeste, Flohmärkte
- Pflanzbasar und Grünberatung
- Ferienaktionen mit Zoobesuch, Ausflügen in die nähere Umgebung, zum Baden, zu Bauernhöfen u. a.
- Werkstatttreffen für Moped- und Fahrrad-reparaturen und alle Arten von Basteleien (Werkstatt mit allen Werkzeugen in der Tiefgarage)
- Gelegentliche Frauentreffen
- Regelmäßige Mädchengruppe
- Kinderspielen mit Fußball, Tischtennis, Tischfußball u. a. m.
- Bouleturniere
- Gelegentlich Schulaufgabenhilfe, Internet-Infos
- Treffen zu Fachproblemen des Wohnens wie z. B. Streit mit Internet- und Fernseh-providern, Müllproblemen, Heizen und Lüften oder Hundehaltung
- Fitnesstraining nach Verabredung
- Saunabesuch
- Privatfeiern aller Art
- Raumangebot für verschiedene Gruppen, an denen Mieter beteiligt sind, und für Gebetsgruppen aller Religionen

Wirkungen des Habitat-Projektes und des Nachbarschaftsvereins

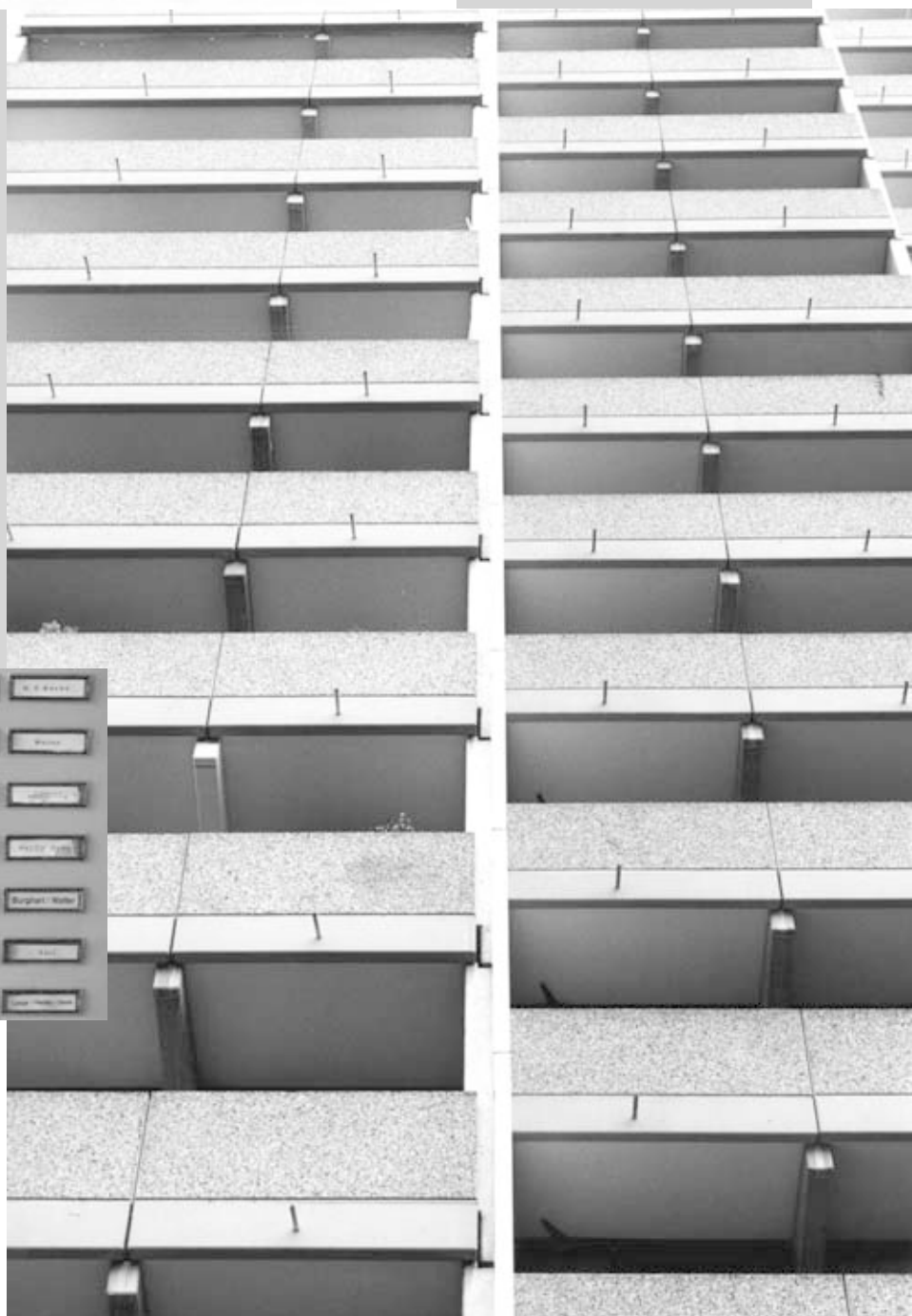
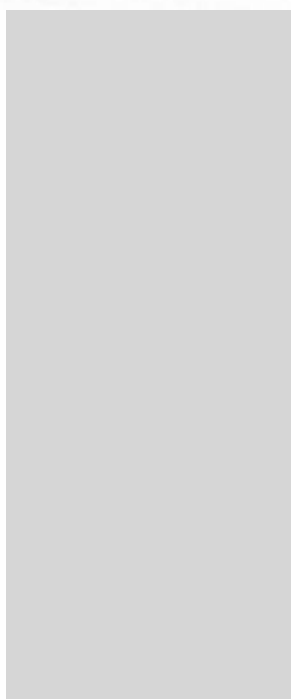
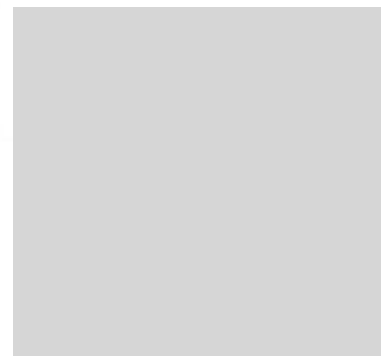
Integrationsprojekte können sich auf die politische Durchsetzung alter und neuer politischer Ideale zu Gleichheit der Lebensbedingungen in Gesellschaften im Sinne z. B. des Eine-Welt-Gedankens richten. Sie können andererseits altruistische und sozialarbeiterische Ziele zur Förderung der benachteiligten Zuwanderer verfolgen. Habitat will dagegen die Normalität im täglichen Zusammenleben von Zuwanderern und der Aufnahmegesellschaft praktisch umsetzen und gleichzeitig die kleinen, unauffälligen Integrationshilfen im so wichtigen Alltagsbereich des Wohnens beispielgebend und experimentierend zur Diskussion stellen. Das internationale Zusammenleben ist längst eine gesellschaftliche Realität geworden, der sich niemand entziehen kann. Dennoch misslingt hierbei so viel, dennoch verpassen so viele Menschen aus der Aufnahmegesellschaft die Bereicherung aus der Zuwanderung und deren Kulturen, dennoch gibt es so viele Benachteiligungen und Vorurteile gegenüber den Migrantinnen und Migranten auch und leider gerade in Deutschland. Habitat will Wirkungen durch **unideologische, lebenspraktische Selbstverständlichkeiten** des Zusammenwohnens und der Nachbarschaft entfalten.

Zielgruppen des Habitat-Projektes sind gleichermaßen bewusst und reflektiert Wohnende der deutschen Aufnahmegesellschaft (2/3-Anteil) und der Zuwanderinnen und Zuwanderer (1/3-Anteil), die sich neugierig und kooperativ auf eine gute Nachbarschaft einlassen. Die Integration vollzieht sich aus den Lebenszusammenhängen und vielen Berührungspunkten ohne moralischen Zeigefinger von allein, sie wird nicht übermäßig thematisiert. Es ist somit nicht Integration **für**, sondern vielmehr Integration **mit** Zuwanderinnen und Zuwanderern. Dazu wirken Offenheit und Hilfestellung für den gemeinsamen Integrationsprozess von Aufnehmenden und Migrantinnen

und Migranten gleichermaßen, gleichzeitig und gleichberechtigt.

Im Habitat-Quartier nehmen Zuwanderinnen und Zuwanderer wie Deutsche stärker am gesellschaftlichen Leben teil. Dies geschieht durch die beiderseitigen Vorteile eines guten Wohnens in Nachbarschaft. Und es erweitert sich auf das Leben im Stadtteil und in der Kommune. Das unauffällige „empowerment“ des Habitat hat möglicherweise dazu beigetragen, dass Bewohnerinnen und Bewohner eine integrative Kindertagesstätte für Behinderte und Nichtbehinderte in einem benachbarten Haus entwickelt haben, dass ein Selbsthilfekreis von Glücksspiel-Abhängigen sich trifft, dass eine mosambikanische Assoziation einen Förderverein gegründet hat, ein kurdischer Verein sich dort trifft, der örtliche Sportverein eine Judo-Gruppe eingerichtet hat und die katholische Kirche einen Gebetsraum abwechselnd mit Muslimen nutzt oder eine Krankengymnastikgruppe mit Rollstuhlfahrern und Bewohnern Boule spielt. Derartige Nutzergruppen und Veranstaltungen ändern sich nach Bedarf der Nachbarn häufig.

Die Allgemeinheit kann also einerseits von kleinen, konkreten gesellschaftlichen Entwicklungen im Habitat profitieren. Andererseits kann sie durch die Wahrnehmung eines als ermutigend empfundenen Beispiels Impulse erhalten. Es ist wünschenswert, wenn viele Nachbarschaftsprojekte entstehen und mehr Erfahrungsaustausch über wohnwirtschaftliche und soziale Aspekte der Internationalität unserer Städte entsteht. Diese verstärkt sich – zum Wohl auch der Aufnahmegesellschaft –, sie wird nur dann ein größeres Problem, wenn wir uns nicht kooperativ und kreativ darum kümmern.



Andrea Grundhuber, Heike Skok

Strategien für präventive Sozialarbeit in der Wohnungswirtschaft

Qualitätsbausteine wie Planungswerkstätten und „Belegungsmarkt“ als Grundstein für eine gute Nachbarschaft – vor und nach dem Wohnungsbezug

Den Wunsch nach einer guten Nachbarschaft teilen Bewohnerinnen und Bewohner, Wohnungseigentümerinnen, -eigentümer und Kommunen. Gute Nachbarschaftsbeziehungen erhöhen die Mietzufriedenheit und helfen Konflikte zu minimieren. Sie bereichern die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner und fördern einen sorgsamen Umgang mit Wohngebäuden und Grünflächen. Die Begegnung bei gemeinsamen Aktionen, gemeinsame Erfahrungen und Erlebnisse sind nicht nur Voraussetzung für Kennenlernen und Nachbarschaftsbildung. Auch können z. B. Freiflächen und soziale Einrichtungen bedarfsgerecht geplant und der Aufwand für Unterhalt und Nachbesserungen reduziert werden. Wohnungsbaugesellschaften, Sozial- und Planungsämter machen es sich deshalb immer häufiger zur Aufgabe, frühzeitige Nachbarschaftsbildung in einem Neubaugebiet bzw. Nachbarschaftsstärkung im Zusammenhang mit Sanierungs- und Rückbaumaßnahmen zu fördern.

Während in vielen Teilen der Bundesrepublik über sozialverträgliche Methoden des Stadtum- und -rückbaus nachgedacht wird, steht München zur Zeit noch vor der Herausforderung, neue Wohnanlagen mit 100 und mehr Wohnungen oder gar ganzer Stadtteile nachbarschaftlich zu gestalten. Die Erfahrung zeigt, dass es sinnvoll ist, die Nachbarschaftsbildung schon im Vorfeld des Einzugs zu unterstützen. Wenn Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft ihre Nachbarn beim Einzug schon kennen, entstehen schneller

soziale Netzwerke und ein Gefühl von Heimat. Das hat auch positive Ausstrahlungen auf das gesamte Wohnumfeld.

Die meisten der Bausteine, die hier am Beispiel eines Neubauprojekts beschrieben werden, können auch auf Sanierungs- und Rückbaumaßnahmen übertragen werden, da sich die Methoden zur Förderung von Nachbarschaftlichkeit nicht wesentlich unterscheiden.

Urbanes Wohnen hat Bewohnerinnen und Bewohner verschiedener Wohnanlagen bei der Nachbarschaftsbildung unterstützt. Dies erfolgt in der Regel im Auftrag eines Wohnungsunternehmens oder einer Kommune.

Die Bausteine des Verfahrens

Konzeptentwicklung

Zusammen mit den Projektpartnern (der Wohnungsbaugesellschaft, den Planerinnen und Planern, dem Wohnungsamt) werden Maßnahmen und Schnittstellen vereinbart, bei denen die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner einer Wohnanlage einbezogen werden. Das Maß an Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten wird festgelegt.

Eine kritische Frage ist die Wahl des richtigen Zeitpunkts für den Projektbeginn: Einerseits finden sich Sozialwohnungsberechtigte meist in einer Versorgungsnotlage, in der sie nicht lange auf eine Wohnung warten können. Andererseits braucht Mitwirkung der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner in den verschiedenen Planungsphasen genügend Zeit.

Mitbestimmungs- und Beteiligungsfelder sollten so lange wie möglich offen gehalten werden. Eine Voraussetzung ist z. B. die Abklärung mit dem Wohnungsamt über den frühestmöglichen Zeitpunkt einer verbindlichen Wohnungszuweisung.

Mögliche Beteiligungsfelder:

- Wohnungsgrundriss und -ausstattung
- Wohnungsbelegung (Auswahl der eigenen Wohnung und der Nachbarn)
- Freiflächengestaltung
- Nutzung/Unterhalt von Gemeinschaftseinrichtungen

Projektdurchführung

Informationsveranstaltungen

Wohninteressierte werden zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, auf der sie über den Standort und das Planungskonzept der neuen Wohnanlage informiert werden.

Ideenwerkstätten

Ideenwerkstätten in der frühen Phase des Projekts vermitteln den Wohninteressierten die besonderen Chancen und Mitwirkungsmöglichkeiten in der neuen Wohnanlage. Erste Nutzungsideen und Betriebskonzepte werden entwickelt. Angebote im Quartier werden vorgestellt bzw. besucht, um eine frühzeitige Integration ins Quartier zu erleichtern. Schwerpunkte sind Hauskonzept, Freiraum und Nachbarschaft:

- Hauskonzept: Austausch über Lebensgewohnheiten und Wünsche an nachbarschaftliches Wohnen,
- Freiraum: Möglichkeiten der Freiraumnutzung werden in themenspezifischen Arbeitsgruppen erarbeitet,
- Nachbarschaft: Nutzungsvorstellungen für einen Nachbarschaftstreff werden gesammelt.

Eine empfehlenswerte Maßnahme ist es, im Rahmen der Workshops zwei bis drei Musterwohnungen unter thematischen Gesichtspunkten (z. B. Wohnen im Alter, Wohnen mit Kindern, etc.) zu planen.

Das frühzeitige Identifizieren von tatsächlichen Bedürfnissen ermöglicht einen Input und eine Anpassung der laufenden Planung.

Ziel ist, die Vielfalt an Interessen und Lebensgewohnheiten anderer kennen zu lernen und in einem gleichberechtigten Aushandlungsprozess gemeinsame Nutzungsformen zu entwickeln. Die Herausforderung an die Akteure besteht darin, verschiedene Methoden und Verfahren anzubieten, die unterschiedliche kulturelle Kommunikationsformen berücksichtigen.

Es entsteht ein kontinuierlicher Prozess vom gemeinsamen Planen zum Bauen und Nutzen, in dessen Verlauf die Beteiligten unterschiedliche Mitwirkungsangebote bekommen. Durch die Vielfalt in den Angeboten werden möglichst viele Interessierte erreicht. Bisherige Entwicklungen, derzeitiger Stand, Wünsche und Visionen werden durch Bilder und/oder Modelle festgehalten, um den gemeinsamen Informationsstand zu sichern.

Events und Informationsveranstaltungen

Von einer gewissen Fluktuation bei den Wohninteressierten muss ausgegangen werden. In der langen Phase zwischen Planungswerkstätten und Bezug erweisen sich Informationsveranstaltungen als eine gute Möglichkeit, Neueinsteigerinnen und -einsteiger zu integrieren. Ereignisse im Bauablauf, wie Grundsteinlegung, Baubegehungen, Richtfest und



Pflanzaktionen helfen den langen Zeitraum von Planungswerkstatt bis Bezug zu überbrücken und fördern wesentlich die Entwicklung der künftigen Nachbarschaft.

Belegungsmarkt

Zirka ein Jahr vor dem Bezug, wenn relative Sicherheit darüber besteht, dass die Wohninteressierten die Vorgaben erfüllen, um eine Berechtigung für den Bezug einer Wohnung zu erlangen, bietet sich die Chance, die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner wesentlich an der differenzierten Zusammensetzung der neuen Nachbarschaft zu beteiligen: Im Rahmen eines Belegungsmarkts wird ihnen die Möglichkeit eröffnet, den Charakter eines Hauses/Hausaufgangs mitzubestimmen und zu definieren. Das Motto eines Hausaufgangs, unter dem sich Gleichgesinnte zusammenfinden, wird zur Grundlage für die Bildung einer Hausgemeinschaft. Ziel des Verfahrens ist es, in einer Begegnung zwischen Gleichen eine Gesprächsbasis zu schaffen, die es ermöglicht, zukünftige Nachbarschaftskonflikte zu vermeiden und Konfliktlösungen zu erleichtern.

Planungswerkstatt: Freiraum und Nachbarschaft

Je nach Projektstand vor oder nach Bezug kann konkret und verbindlich an der Umsetzung der Ideen gearbeitet werden. Schwerpunktthemen sind:

- Freiraum
Planungsgrundlagen werden erläutert. Konkrete Projekte zur Grünflächengestaltung werden in themen- oder altersspezifischen Arbeitsgruppen entwickelt. Realisierungswege und -zeiträume werden festgelegt.
- Nachbarschaft
Der räumliche und finanzielle Rahmen wird erläutert. Organisationsformen für den Nachbarschaftstreff werden erarbeitet, Anforderungen an Ausstattung und Betrieb formuliert.

„Weiße Flächen“ füllen – Grünflächen ausgestalten

Die für die Beteiligung vorgehaltenen Grünflächen werden nach Bezug entsprechend den tatsächlichen Bedürfnissen und Wünschen der Mieterinnen und Mieter gestaltet. Hierzu bilden sich in der Planungswerkstatt hausbezogene Planungs-/Baugruppen, die an der Planung und an der Ausführung mitwirken. Diese Gruppen brauchen fachliche Anleitung, Motivation, Koordination und Begleitung.

Vorbereitungstreffen

In Interessensgruppen werden die Bau- und Pflanzaktionen vorbereitet. Art und Umfang der Eigenarbeit wird festgelegt. Das Vorhaben wird allen Betroffenen (Nachbarn, Hausverwaltung, Hausmeister/in, ...) vorgestellt und mit ihnen abgestimmt.

Bau- und Pflanzaktionen

Bau- und Pflanzaktionen (Halbtagsaktionen) bilden den Startschuss für die Aneignung der Grünflächen.

Baugruppen können die „Rollende Baustelle“ von Urbanes Wohnen e. V. ausleihen. Gegen eine geringe Gebühr stehen Pkw-Anhänger, ausgestattet mit allen erforderlichen Geräten und Werkzeugen, zur Verfügung.

Abschlussveranstaltung „Gartenschau“

Bei einer abschließenden „Gartenschau“ im Rahmen eines Nachbarschaftsfests präsentieren die Gruppen ihre Gärten.

Anlaufbegleitung

Für die Gemeinschaftsräume und -freiflächen werden Nutzungsregeln gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern erarbeitet und bei Übergabe geprüft und beschlossen.

Öffentlichkeitsarbeit, Projektinformation

Verschiedene aufeinander abgestimmte Medien informieren in ansprechender Weise über das Projekt und sichern den internen Informationsfluss.

Bei Großveranstaltungen und Arbeitsgruppentreffen sorgen Schautafeln und persönliche Beratungsgespräche für den Überblick und für detaillierte Informationen.

Infoplattform Website

Die Website ist Infoanlaufstelle für alle Interessierten und zentrale Kommunikationsplattform für alle Projektbeteiligten. Hier finden sich neben den grundlegenden Informationen zum Gesamtprojekt (Planmaterial, Daten, Erläuterungen) alle Ergebnisse, d. h. Berichte, Protokolle aus den Planungswerkstätten usw. Projektpartner und Wohninteressierte sind so stets über den aktuellen Projektstand informiert. Fragen, Wünsche und Anregungen können, neben den Planungswerkstätten, auch hier artikuliert werden. Die Kontaktaufnahme künftiger Nachbarinnen und Nachbarn untereinander wird über dieses Medium gefördert. Die gesammelten Informationen bilden einen Datenpool für Infomaterial, Rundbriefe sowie die Abschlussdokumentation bzw. eine mögliche Ausstellung.

Infoblatt

Ein Faltblatt dient zur Erstinformation über das Projekt und richtet sich an die Mieterinnen und Mieter des Wohnungsunternehmens (Tauschinteressierte) sowie an eine interessierte Öffentlichkeit. Neben den baulichen Informationen werden die Vorzüge des Beteiligungsverfahrens dargestellt.

Mobile Planungs- und Informationsinstrumente

Um Bewohnerinnen und Bewohner an ihrem (zukünftigen) Wohnort oder auch im Stadtteil zu erreichen, haben sich mobile Planungs- und Informationsorte bewährt. Dazu gehört der „Planbauwagen“, der ausgestattet mit Planungsmaterial und Werkzeugen am zu überplanenden Ort stationiert wird, oder auch das „Infomobil“, die beide eingesetzt werden, um die Wünsche und Anregungen der Betroffenen einzuholen.

Projektrundbrief

Ein jeweils zu den Hauptetappen des Projekts erscheinender Rundbrief sichert die lückenlose Information aller Wohninteressierten über Ergebnisse der Abstimmungsrunden und den Verlauf des Projekts. Er erleichtert Interessierten und Neuhinzugekommenen den Einstieg ins Projekt.



Kontakt

Urbanes Wohnen e.V.

Der Verein engagiert sich seit 30 Jahren für die Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt. Die Arbeit des Vereins zeichnet sich aus durch nutzerinnen- und nutzerorientierte Planung im Wohnungsbau, im Freiraum und im Stadtquartier. Die Projekte werden von interdisziplinären Teams aus den Bereichen Architektur, Freiraumplanung, Gemeinwesenarbeit, Sozialplanung und Medien/Grafik bearbeitet.

Team Planung und Forschung

Landwehrstraße 39

80336 München

Tel. (089) 2 71 00 10

Fax (089) 2 71 37 12

www.urbanes-wohnen.de



Ein Platz, mein Platz, unser Platz

Einstieg ins Thema

Wohnen und Leben geschehen nicht nur in den eigenen vier Wänden der Menschen, sondern finden auch in der Öffentlichkeit statt. Auf öffentlichen Plätzen kommen die unterschiedlichsten Personen mit ihren Anliegen und Interessen zusammen:

Angestellte und Werk tätige verbringen ihre Mittagspause dort, Mütter treffen sich mit anderen Müttern, während die Kleinen z. B. am Brunnen mit Wasser spielen, ein Rentner führt seinen Hund aus und studiert nebenbei die Preise in der Ladenauslage, Jugendliche warten auf ihren Nachmittagsunterricht, nutzen die Gelegenheit, außerhalb der Sichtweite der Schule zu rauchen und Bier zu trinken und üben Skateboard fahren, ein Bettler hat es sich am U-Bahn-Eingang mit seinem Hund bequem gemacht, ein verliebtes Paar trifft sich, um dann gemeinsam in die Stadt zu fahren, zwei Studentinnen bereiten ein Referat vor, Touristen treffen sich für eine Stadtrundfahrt und eine ältere Dame genießt auf einer Bank die Sonne.

Allein durch diese exemplarische Aufzählung lassen sich die verschiedenen Anforderungen an einen Platz ablesen:

Gibt es Sitzgelegenheiten, wie sind diese gestaltet? Kann man sich auf ihnen hinlegen? Gibt es Abfallbehälter? Einen Kiosk, Stände, an denen man sich mit Essen, Getränken, Zeitungen, Alkohol, Tabak, Telefonkarten etc. eindecken kann? Gibt es Schatten, Bäume, Wasser, Strom, Laternen, ausgewiesene Fußgängerbereiche, Parkplätze? Ist der Platz barrierefrei zugänglich, darf man laut sein, wer hält sich dort auf, ist der Platz

durch Personen besetzt, die andere davon abhalten, sich dort niederzulassen?

Was hat nun so ein Platz mit der quartierbezogenen Bewohnerarbeit zu tun und wie kann hier interkulturelle Verständigung hergestellt werden?

Quartierbezogene Bewohnerarbeit

Quartierbezogene Bewohnerarbeit ist ein Angebot der Landeshauptstadt München, das u. a. in neu gebauten Siedlungen Räume zur Verfügung stellt. Räume im Sinn von Zimmern und Plätzen, in bzw. auf denen man sich aufhalten kann, aber auch Freiräume, in denen die Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlungen sich ausprobieren können. Ziele sind die Bildung von tragfähigen Nachbarschaftsnetzwerken, die Förderung eines friedlichen Miteinanders, der Abbau von Vorurteilen, die Unterstützung von Engagement und der Aufbau von Hilfe zur Selbsthilfe. Durch einen aktivierenden Ansatz sollen sich die neuen Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils selbst für die Verbesserung ihrer unmittelbaren Wohnumgebung und Lebenswelt einsetzen, sich dadurch mit ihrem Quartier identifizieren, was wiederum zu Integration und Stabilisierung führen soll. Voraussetzung für diesen Ansatz ist die Möglichkeit, selbst gestaltend tätig zu werden. Das heißt, es braucht Räume, Plätze, „Weiße Flecken“ (= unbeplante Flächen), deren Aussehen noch nicht vorgegeben ist, sowie die Möglichkeit, selbst etwas zu entscheiden und anzubieten.



Ziel des Workshops

Ziel des Workshops war es, zwei Beispiele von Gestaltungen im öffentlichen Raum in München vorzustellen, an denen Projekte der quartierbezogenen Bewohnerarbeit beteiligt waren. Anhand der Beispiele wurde herausgearbeitet, wie unterschiedlich die Anforderungen an Gemeinbedarfsflächen sind und welche Bedingungen es braucht, wenn potenzielle Nutzergruppen im Rahmen einer Beteiligung an der Gestaltung der Flächen angesprochen werden und eine Verständigung zwischen den verschiedenen Kulturen hergestellt werden soll.

Außerdem wurde aufgezeigt, welche Voraussetzungen eine gelungene Raumanweisung braucht, so dass sich die Adressatinnen und Adressaten mit „ihrem“ Raum identifizieren und nachhaltig Verantwortung übernehmen. Wenn von Räumen gesprochen wird, ist durchaus beabsichtigt, nicht nur Plätze und Gemeinbedarfsräume anzusprechen, sondern

auch Freiräume im Sinne von Gestaltungsmöglichkeiten (z. B. selbst Angebote zu entwerfen und durchzuführen).

In einem anschließenden Transferschritt wurde von den Teilnehmenden zusammengetragen, welche Erkenntnisse sie in ihre Arbeitsbereiche übertragen und – im Sinne eines Arbeitsprinzips – anwenden können.

Zwei Plätze in München und die Geschichte ihrer Gestaltung

Bei den Beispielen handelt es sich um zwei Plätze im Münchner Norden, der eine befindet sich in Feldmoching (Walter-Sedlmayer-Platz), der andere im 24. Stadtbezirk (Goldschmiedplatz).

Walter-Sedlmayer-Platz

Der Walter-Sedlmayer-Platz wurde zusammen mit einer Neubausiedlung direkt an der S-Bahnstation Feldmoching gebaut. Die Siedlung (Eigentumswohnungen und sozialer Wohnungsbau) steht stark im Kontrast zu dem gewachsenen, noch sehr stark durch dörfliche Strukturen geprägten, restlichen Feldmoching. Der Platz wurde nach italienischem Vorbild gestaltet und erhielt sogar einen Architekturpreis. Nach Meinung der Bewohnerinnen und Bewohner und denen, die den Platz nutzen wollen, täuscht das jedoch nicht über die Tatsache hinweg, dass der Platz hässlich ist und nicht zum restlichen Stadtteil passt. Zudem kann er nicht genutzt werden, da er als Kunstwerk geführt wird. Deshalb gibt es weder Wasser- noch Stromanschlüsse, es dürfen keine Abfallbehälter aufgestellt und auch

sonst keine Änderungen mehr vorgenommen werden, es gibt kaum Sitzgelegenheiten, nur ganz in der Mitte, wo man wie auf einem Präsentierteller sitzt. Als die Idee entstand, dort einen Flohmarkt zu veranstalten, stellte sich heraus, dass, obwohl der Platz als Verkehrsfläche eingetragen ist, überall Halteverbot herrscht und deshalb ein Be- und Entladen nicht möglich ist. Man sagt, dass auch der Name des Platzes, mit dem die Siedlung automatisch von den alteingesessenen Feldmochingerinnen und Feldmochingern in Verbindung gebracht wird, nach dem Tod des Schauspielers und dem Bekanntwerden der Tatsache, dass er schwul war, nicht zur Integration beiträgt. Die Siedlung wird als Fremdkörper wahrgenommen, die dort wohnen sind die „Anderen“, keine „echten Feldmochingerinnen und Feldmochinger“.

Goldschmiedplatz

Beim Goldschmiedplatz handelt es sich um ein ehemaliges Trambahnhäuschen an der Wendeschleife der mittlerweile stillgelegten Straßenbahn. Hier ging der Platzgestaltung ein jahrelanger Prozess voraus, der schließlich dazu führte, dass von der Planung bis zur Durchführung und letztendlich auch Nutzung des Platzes die Menschen, die sich den Platz zu Eigen gemacht haben, von Anfang an beteiligt waren. Damit die Idee entstehen konnte, war es unbedingt notwendig, Kontakt zu den Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers zu bekommen. Dieser Kontakt war im Rahmen des dort tätigen Gemeinwesenarbeitsprojektes entstanden, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch aufmerksames Zuhören die Zusammenführung der einzelnen Interessen förderten: Man wollte einen Flohmarkt veranstalten. Der lange Weg von der Idee bis zur Umsetzung hatte den Erfolg, dass sich regelmäßig eine feste Gruppe von Ehrenamtlichen um die Organisation kümmerte. Weitere Bedarfe entstanden: Unterstand bei schlechtem Wetter, Wasser- und Stromanschluss, WC, Treffpunkt für die Planenden der Floh-

märkte. In Kooperation mit einem großen Netzwerk an Verbündeten (Ehrenamtliche, Initiativen und soziale Einrichtungen aus dem Stadtteil, Politik und Verwaltung) und den Mitbeteiligten aus dem Programm „Soziale Stadt“ konnte das nebenan stehende Trambahnhäuschen umgebaut und für die Nutzung geöffnet werden. Zu diesem Zeitpunkt war der Kreis der Interessierten bereits so groß, dass es zu vermehrten Anfragen bzgl. Angeboten für Kinder und Jugendliche kam, die aber von den Ehrenamtlichen nicht bewältigt werden konnten. Durch die aufgebaute Beteiligungsstruktur gelang es aber, zusammen mit den Kindern und Jugendlichen und den betroffenen Stellen gemeinsam die Nutzung des Außengeländes zu planen. Nach sieben Jahren ist ein Platz entstanden, der intensiv von verschiedenen Interessensgruppen genutzt wird. Um die Kinder- und Jugendarbeit adäquat zu betreuen, wurde Streetwork beauftragt und damit das Netz sozialer Einrichtungen ausgebaut. Die Räume des ehemaligen Trambahnhäuschens werden von Bewohnerinnen und Bewohnern selbst verwaltet. Im Jahr finden ca. 110 bis 130 Belegungen für die unterschiedlichsten Veranstaltungen (private Feiern, Kindergeburtstage, Kommunionfeiern, Bewohnerstammtische, Arbeitskreise, Theaterproben, Weihnachts- und Faschingsfeiern) sowie einmal monatlich der mittlerweile stadtbekannte Flohmarkt statt.

Beteiligung, Gestaltung und Verständigung zwischen unterschiedlichen Kulturen: Bedingungen

Mit den Teilnehmenden wurde nun versucht, die Beispiele zu abstrahieren und allgemeine Erkenntnisse zu gewinnen, die auch für die eigene Arbeit von Nutzen sein könnten.

Folgende Erkenntnisse konnten bezüglich der Bedingungen von Beteiligung, Gestaltung von gemeinsamen Lebensräumen und der Verständigung von unterschiedlichen Kulturen

gezogen werden. Unter verschiedenen Kulturen werden hier nicht nur ethnische Unterschiede zwischen Nationengruppen verstanden (z. B. zwischen „gstandnen“ Bayern, die sehr konkrete Vorstellungen haben, wie ein Flohmarkt ablaufen hat, und z. B. einer bosnischen Familie, die darunter eher einen Basar versteht), sondern auch Unterschiede z. B. zwischen verschiedenen Gesprächskulturen (Amtsdeutsch vs. Umgangssprache) und Planungsverständnissen (z. B. Verwaltungsvorschriften, Fristen vs. Durchhaltevermögen von Kindern und Jugendlichen, wenn es um die Genehmigung von Umbaumaßnahmen geht).

- Um zu erfahren, wie die betroffene Zielgruppe denkt, welche Vorstellungen, Wünsche und Bedürfnisse sie hat, muss man sich im Klaren darüber sein, was die eigenen Vorstellungen und Vorurteile sind, um diese nicht mit denen der Zielgruppe zu vermischen.
- Es ist wichtig, die Geschichte eines Platzes oder eines Viertels zu kennen. Um all das herauszufinden, muss man fragen. Fragen stellen und interessiert sein, ohne zu manipulieren und seine eigenen Vorstellungen mit hinein zu bringen oder gar selber Lösungsvorschläge zu entwickeln.
- Erreichen der Zielgruppe: Man muss sich zu den Orten begeben, an denen sich die Menschen aufhalten und auch den richtigen Zeitpunkt dafür wählen.
- Die Voraussetzung, unter denen sich Menschen beteiligen und Räume (Zimmer wie Freiräume) gestalten, ist echtes Interesse und ein Nutzen, den sie sich davon versprechen. Deshalb sollte unbedingt vorher geklärt werden, ob die Aktivierung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger tatsächlich gewünscht ist, wie groß die Spielräume sind und ob es bereits Vorgaben gibt, die nicht mehr zu ändern sind.
- Nicht gewollte Beteiligungen und „Mogelpackungen“ sollten entlarvt und öffentlich gemacht werden. Oftmals werden bereits

getroffene Entscheidungen durch die Präsentation der Ergebnisse an eine breite Öffentlichkeit als demokratische Entscheidung verkauft, obwohl dieser überhaupt keine Möglichkeit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern.

- Aus diesem Grund und um zu vermeiden, dass Ergebnisse falsch interpretiert werden, sollten Ergebnisse an die Befragten rückgekoppelt werden.
- Aufgrund der verschiedenen Kulturen ist es häufig notwendig, als Übersetzer zu fungieren: Den Planenden muss klargemacht werden, dass genügend Zeit zur Verfügung stehen muss, da die Meinungsäußerung z. B. nicht wie sonst üblich schriftlich oder nach geordnetem Muster abläuft, sondern ggf. eine lange Phase des Bekanntwerdens und „In-Kontakt-Kommens“ mit der Bevölkerung erfordert. Im Gegenzug müssen die Beteiligten bei der Stange gehalten werden, oft ziehen sich Entscheidungen über lange Zeiträume, und wenn nicht wenigstens teilweise Erfolge sichtbar werden, verwandelt sich die Motivation schnell in Resignation und die Aktiven wenden sich ab.
- Ärger, Wut und Frust sind aber auch oft ein guter Indikator für ein hohes Aktivierungspotenzial. Wenn sich jemand richtig über etwas aufregen kann, ist die Wahrscheinlichkeit, dass er sich aktiv an der Behebung des Übels beteiligt, höher, als wenn er sich bereits resigniert mit der Unabänderlichkeit der Tatsache abgefunden hat.

Problematisiert wird von den Anwesenden, dass es oft schwierig ist, bei den jeweiligen Adressatinnen und Adressaten von Sozialer Arbeit überhaupt das Interesse zu wecken, sich für etwas verantwortlich zu fühlen, sich mit etwas zu identifizieren in Bereichen, in denen man sich mit anderen Interessen auseinandersetzen muss. Häufig besteht auch die Schwierigkeit, dass Räume schon besetzt sind, manchmal auch von anderen Gruppen, die durch ihre Dominanz andere abschrecken.

Zusammenfassung

Insgesamt wird festgestellt, dass es einer Haltung bedarf, um Menschen zu aktivieren und sie zu beteiligen. Diese braucht es nicht nur bei der Gestaltung von öffentlichen Plätzen, sondern ist in jedem Arbeitsfeld nötig.

- Wichtig ist dabei die Einbeziehung der Alltags- und Lebenswelt der Betroffenen, und dass man sich auf ihre „Augenhöhe“ begeben, das heißt, sich auf die Vorstellungen des Gegenübers einlässt und nicht seine eigenen mitbringt und überstülpt.
- Die Angesprochenen sind die Expertinnen und Experten ihrer Situation, man selbst ist erst einmal fragend, interessiert und neugierig.
- Aktivierung und Beteiligung ist nur möglich, wenn es sich um generative Themen handelt, von denen sich die Angesprochenen direkten Nutzen versprechen.
- Beteiligungsprozesse müssen Spaß machen und zeitnah Erfolge sichtbar werden lassen.
- Um tragfähige und nachhaltige Strukturen aufzubauen, braucht es Zeit und kontinuierliche Ansprechpersonen.
- Ziele sind nicht von vornherein festgelegt, sondern entstehen im Prozess gemeinsam mit den Beteiligten.
- Ergebnisse müssen rückgekoppelt und verifiziert werden.
- Die Chancen auf Erfolg steigen, je mehr Kooperationspartnerinnen und -partner sich verbünden und gemeinsam an der Zielerreichung arbeiten.
- Unerlässlich dabei sind funktionierende Kommunikationsstrukturen und gegebenenfalls Übersetzer.



Weitere Informationen

Weitere Informationen zum Thema „Quartier-bezogene Bewohnerarbeit“ können im Amt für Wohnen und Migration, S-III-LS/Q, Franziskanerstraße 8, 81669 München oder unter der Telefonnummer (0 89) 2 33-4 04 70 angefordert werden.

Informationen zu den Projekten der quartier-bezogenen Bewohnerarbeit am Goldschmiedplatz und am Walter-Sedlmayer-Platz gibt es bei der Diakonie Hasenberg e. V., info@diakonie-hasenberg.de.



Wohnung, Gemeinschaftsunterkunft, Notquartier – wie Flüchtlinge in München wohnen

Wie wohnen Flüchtlinge?

Zum 30.9.2004 sind in München 21790 Flüchtlinge gemeldet. Darüber hinaus gibt es eine unbekannte Zahl nicht gemeldeter Flüchtlinge, die sich im drei- bis vierstelligen Bereich bewegen dürfte.

Die genannte Zahl teilt sich folgendermaßen auf: 6276 Personen sind Kontingentflüchtlinge (z. B. russische Juden), 2675 sind als asylberechtigt anerkannt, 6487 haben das so genannte „kleine Asyl“ (z. B. Iraker, Afghanen), 4285 haben eine Duldung (Aussetzung der Abschiebung, z. B. Kosovo-Albaner, verschiedene Afrikaner, Afghanen, Iraker) und 2067 sind Asylbewerber, befinden sich also noch im Verfahren.

In städtischen Notquartieren und Pensionen wohnen ca. 1000 Personen dieses Kreises (vor allem Iraker, Afghanen, Bosniaken, Kosovaren mit relativ festem Aufenthaltsstatus), in staatlichen Unterkünften befinden sich 4056 Personen, die zumindest teilweise öffentliche

Leistungen (Asylbewerberleistungsgesetz, Arbeitslosengeld oder -hilfe) beziehen. In Privatwohnungen befinden sich 483 Leistungsbezieherinnen und -bezieher.

Dies bedeutet, dass von knapp 22000 Personen nur ca. 5000 öffentliche Leistungen beziehen, 17000 sich aber selbst versorgen.

Wie werden Flüchtlinge betreut?

Flüchtlinge in staatlichen Unterkünften werden durch die Wohlfahrtsverbände (vor allem Caritas, Innere Mission) betreut. Aufgrund massiver Kürzungen ist der Personalschlüssel mittlerweile sehr ungünstig, und viele Unterkünfte sind nur noch wenige Stunden in der Woche betreut.

In städtischen Notquartieren und Pensionen werden Flüchtlinge nach dem Prinzip der Bezirkssozialarbeit (BSA) in Notquartieren betreut, die dem Prinzip der BSA allgemein entspricht und keine flüchtlingsspezifischen Betreuungsformen vorsieht. Flüchtlinge in Wohnungen werden wie alle anderen Münchner Bürgerinnen und Bürger von der BSA betreut.

Problemlagen von Flüchtlingen

Flüchtlinge, die nach München kommen, haben vielfältige Kriegs- und Fluchterfahrungen hinter sich (Bedrohung, Folter, Versteck, Misshandlungen etc.), unter denen oft ihre eigenen Biografien und Ressourcen begraben sind. Hier treffen sie auf eine fremde Kultur, eine andere Sprache, andere religiöse Vorstellungen und rechtliche Rahmenbedingungen, die

sie vom ersten Tag an einschränken und steuern (Essenspakete, Residenzpflicht, Arbeitsverbot, beengte Wohnformen usw.). Neben der schwierigen materiellen Situation führen Generations-Rollen, Identitäts- und Sprachkonflikte oft zu verstärkten Spannungen in den Familiensystemen. Dies kann, verstärkt durch die tagtägliche Fremdbestimmung, zunehmend zu Passivität und Depression einerseits sowie Aggression, Gewaltanwendung und Alkoholismus andererseits führen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Leben von Flüchtlingen durch das Spannungsfeld von Integrationsprozessen (Schule, Alltag, Arbeit) einerseits und Entfremdungsprozessen andererseits (Heimat, Familie, Kultur) geprägt ist.

Flüchtlinge und Umzug

Oftmals wundern sich Außenstehende darüber, dass Flüchtlinge nicht gerne aus Notquartieren ausziehen und es ihnen während oder nach dem Umzug sehr schlecht geht, selbst wenn sich die Wohnsituation verbessert (min-



destens ebenso oft werden diese Tatsachen gar nicht registriert oder falsch gedeutet). Dabei wird außer Acht gelassen, dass zumindest die erste Unterkunft nach der Flucht für die Betroffenen meist eine neue Heimat wird, die ihnen Schutz, Geborgenheit und neue Sicherheit bietet. Ein Umzug nach einigen Jahren kann Verlustängste (Heimat, Netzwerke, Gruppen), Existenzängste, das Gefühl erneuter Schutzlosigkeit bis hin zu einer regelrechten Retraumatisierung mit psychosomatischen Reaktionen (Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Alpträume, Depressionen) auslösen. Daher ist es oftmals vonnöten, einen Umzug von Flüchtlingen mit pädagogischer Sensibilität und ggf. psychologischer Unterstützung zu begleiten. Ansätze hierfür sind zwar vorhanden (Refugio, Intensivbetreuung des Amts für Wohnen und Migration), aber bei weitem nicht ausreichend.

Bezogen auf die Schließung der städtischen Unterkunft Bodenehrstraße 6 Anfang 2004, in der viele Flüchtlinge, vor allem Bosniaken, bis zu zehn Jahre lang lebten, war die Möglichkeit einer sechsmonatigen Nachbetreuung durch die gewohnten Bezugspersonen ein großer Vorteil, weil somit die genannten Prob-

leme konstruktiv bearbeitet und den Betroffenen der wortwörtliche Start in ein neues Leben erst ermöglicht bzw. zumindest erleichtert werden konnte.

Schlüsselkompetenzen in der Arbeit mit Flüchtlingen

Drei entscheidende Kompetenzen in der Arbeit mit Flüchtlingen sind die Fähigkeit zur Beziehungsarbeit, zur offenen, interkulturellen Kommunikation und die Bereitschaft zu kollektivistischen Arbeitsmethoden.

Beziehungsarbeit beinhaltet dabei folgende Komponenten: Die Arbeit muss prozesshaft sein, damit Vertrauen aufgebaut werden kann. Dazu braucht man Zeit und regelmäßige Kontakte. Eine gemischte Komm- und Geh-Struktur ist vonnöten. Bei vielen Flüchtlingen ist es wichtig, dass sie sich auch mal als Gastgeber präsentieren können, weil sie dann sicherer und offener sind. Natürlich ist dabei auf eine Abwägung von Nähe und Distanz zu achten, da viele Kulturen zwar Nähe zum Beziehungsaufbau benötigen, andererseits damit schnell eine überzogene Erwartungshaltung verbinden („du bist mein Freund und musst alles für mich tun“). Andererseits wird ein zu förmlicher Umgang mit Flüchtlingen, gerade aufgrund ihrer meist negativen Erfahrungen mit Behörden, kaum zum Beziehungsaufbau führen und keine wirklich bedürfnisorientierte Arbeitsweise ermöglichen.

Ein besonderer Aspekt in der Arbeit mit Flüchtlingen ist die häufig vorliegende, aber

oft nicht erkannte oder falsch interpretierte Traumatisierung durch Kriegs- und Fluchterlebnisse. Sie erfordert eine besondere Sensibilität im Umgang und eine „gute Antenne“ für ungewöhnliche oder unerwartete Verhaltensweisen (Panikattacken, plötzliche Konzentrationsschwäche, „innere Abwesenheit“ in Gesprächssituationen).

Interkulturelle Kommunikation ist mittlerweile ein viel strapazierter Begriff. Dahinter verbirgt sich, bezogen auf die Arbeit mit Flüchtlingen, zunächst das Wissen um die Bedeutung verbaler und nonverbaler Kommunikationsformen. So sind Europäer eher direkt kommunizierend



(fester Händedruck, Blick in die Augen des Gegenübers), viele Kulturen, aus denen Flüchtlinge kommen, dagegen indirekt (Blick am Gegenüber vorbei, schwacher Händedruck als Ausdruck von Respekt). Flüchtlinge drücken sich oft stark mimisch und gestisch aus, was mit ihrer unzureichenden Kenntnis der deutschen Sprache, aber auch mit der Herkunftskultur zusammenhängen kann. Diese Ausdrucksformen muss man „lesen lernen“.

Hilfreich hierzu ist ein Mindestmaß an Hintergrundwissen über die Herkunftskultur eines Flüchtlings. Dies erleichtert nicht nur den Umgang, sondern erhöht den Respekt in der Wahrnehmung des Gegenübers.

Auch muss man sich bewusst sein, dass man Flüchtlinge mit schriftlichen Einladungen, Briefen oder Ähnlichem oft nicht erreicht. Viele werfen das Schriftstück weg, weil sie es nicht verstehen und hoffen, mit dem Wegwurf habe es sich erledigt. Oder sie verstehen es teilweise bzw. ungefähr oder falsch und haben Angst vor seinen Konsequenzen und werfen es deshalb weg oder stecken es in irgendeine Schublade. Hier treten Verdrängungsmechanismen zu Tage, die leider zum Teil auch ihren Erfahrungen geschuldet sind (z. B. bei Mahnungen wegen ausstehender Zahlungen, bei denen es bis zu unmittelbaren Konsequenzen oft jahrelang dauert). Um mit Flüchtlingen erfolgreich zu kommunizieren, ist es daher notwendig, sie direkt anzusprechen. Falls es möglich ist, ist der Einsatz eines (professionellen) Dolmetschers (auch die Arbeit mit Dolmetschern ist im Grunde eine eigene Kompetenz) oft die beste Lösung.

„Kollektivistische Arbeitsmethoden“ bedeutet, dass Flüchtlinge sich entgegen unseres mitteleuropäischen, individualistisch geprägten Menschenbildes eher an Gruppen und Netzwerken orientieren, sich dort ihre Unterstützung holen, dort ihre Fähigkeiten (wieder-) entdecken, ihre Ressourcen auffrischen und Selbstsicherheit und Perspektiven entwickeln. Daran anzuknüpfen, heißt, Gruppenarbeit zu ermöglichen und (inter-)ethnische Netzwerke und Räume zu fördern. Dies kann eine Frauengruppe ebenso sein wie eine Teestube oder

ein gemeinschaftlicher Ausflug. Um als Bezugsperson von den in diesen Räumen entstehenden Dynamiken profitieren zu können, muss man ihre Schaffung ermöglichen, fördern und sich dorthin begeben. Dies mag auf den ersten Blick Mehraufwand bedeuten. Man wird jedoch im Vergleich zum individualistischen Einzelfallansatz schon bald mit dynamischen Prozessen und vielfältigen Synergieeffekten belohnt werden.



Literatur

10 Jahre GU Bodenehrstraße – Erfahrungen und Perspektiven in der Arbeit mit Flüchtlingen in einer Gemeinschaftsunterkunft und im Stadtteil, Hrsg. Amt für Wohnen und Migration, zu beziehen über den Autor

Wartesaal Deutschland – ein Handbuch für die Soziale Arbeit mit Flüchtlingen, Lucius und Lucius Verlag 2004, hrsg. von Florian Fritz und Frank Groner

Therapie und Beratung von Migranten – Praxishandbuch, Beltz Verlag 2004, hrsg. von Radice von Wogau

Interkulturelle Beratung – Forum Migration und Gesundheit, Verlag für Wissenschaft und Bildung 2002, hrsg. von Thomas Hegemann und Britta Lenk-Neumann

Soziale Arbeit und kriegsrische Konflikte, LIT Verlag Münster 2004, hrsg. von Ruth Seifert



Kontakt

Florian Fritz
Amt für Wohnen und Migration
Franziskanerstraße 8
81669 München
Tel. (089) 77 24 49 18 12
(089) 2 60 52 05
(01 77) 7 39 26 88
Fax (080 95) 87 15 81
florian.fritz@muenchen.de



Zusammenarbeit mit Sinti- und Romafamilien in München

Seit 1974 arbeitet das Stadtjugendamt und der Allgemeine Sozialdienst mit jeweils einer Ganztagsstelle für eine Sozialpädagogin mit Sinti- und Romafamilien.

Unsere Angebote und Methoden

- Beratung und Unterstützung einzelfall- und familienbezogen, unter Berücksichtigung kultureller und geschlechtsspezifischer Aspekte
- Partizipation der Familien in allen Planungen und Vorgehensweisen
- Ferienangebote für Familien
- Freizeitmaßnahmen für Kinder und Jugendliche
- Vermittlung in Hausaufgabengruppen
- Hilfestellung bei der Arbeitsvermittlung von Jugendlichen
- Unterstützung bei gemeinschaftlichen Unternehmungen wie Feiern oder Wallfahrten
- Beratung und Unterstützung in der Öffentlichkeitsarbeit und in der öffentlichen Präsentation
- Lobbyarbeit
- Zusammenarbeit mit allen relevanten Institutionen wie Regeleinrichtungen, Schulen, Wohnbaugesellschaften
- Vermittlung und Beratung dieser Kooperationspartner und -partnerinnen bezüglich interkulturellen Wissens und kollegialer Fachberatung

Unsere Ziele

- Kinder und Jugendliche nehmen das Beratungsangebot wahr.
- Die Kinder gehen zur Schule.
- Jugendliche nehmen Maßnahmen des Arbeitsamtes wahr.
- Die Familien und Großfamilien sind in Entscheidungen aller relevanten Angelegenheiten einbezogen, insbesondere in Angelegenheiten bezüglich des Jugendamts, der Regeleinrichtungen, der Schulen sowie des Wohnungs- und Flüchtlingsamts.

Nachdem feststand, dass es ein neues Wohnprojekt für die Sinti- und Artistenfamilien in der Werner-Heisenberg-Allee geben würde, blieben ca. eineinhalb Jahre für die gemeinsame Planung bis zum Umzug. Dies war für die Erstellung von 25 Wohneinheiten eine äußerst kurze Zeit. Im Rückblick war dies nur möglich, weil sich alle Referate einig waren. Die Motivation der Bewohnerinnen und Bewohner, der Sozialpädagoginnen und des Wohnforums als Bauherr war sehr hoch. Es ist zu bedenken, dass die Berücksichtigung des kulturellen Hintergrundes der Bewohnerinnen und Bewohner oberste Priorität hatte. Die gemeinsamen Gespräche, das Diskutieren von Details war sehr zeitintensiv. Wir möchten dies an zwei Beispielen aufzeigen. Im allgemeinen Wohntrend bevorzugt man möglichst offene Räume. Küche und Ess-Wohnraum plant man oft als einen Raum mit verschiedenen Funktionen. Die Bewohnerinnen

und Bewohner wollten diese Aufteilung auf keinen Fall haben. Für sie war es wichtig, dass jede Funktion einen eigenen Raum zugeordnet war. Besonders bei Familien mit Kindern war der Wunsch nach einem separaten Wohnzimmer besonders groß. So entstanden ausreichend große Küchen, in denen auch gemeinsam gegessen werden kann.

Als es um die Außenansicht der Häuser ging, war es den Bewohnern ganz wichtig, dass es eine „normale“ Reihenhaussiedlung wird. Holzverkleidungen werden abgelehnt, da es sie an das jahrelange Wohnen in Baracken erinnerte. Einige assoziierten damit auch KZ-Baracken. Die Argumentation der Architekten, dass Holz voll im Trend liegt, ließen die Bewohner nicht gelten. Die Einigung bestand letztlich darin, dass es Holzhäuser wurden. Die Fassaden wurden so gestaltet, dass die Häuser aussehen wie Steinhäuser. Als Farbe wurde gelb gewünscht. Auf keinen Fall unterschiedliche Farben, keine „Bonbonsiedlung“. Allen Bewohnerinnen und Bewohnern war es wichtig, innerhalb der Siedlung nicht in ihren Wohnungen aufzufallen. Diese Beispiele sollen zeigen, wie zeitintensiv solche Prozesse sind, wenn man zu gemeinsamen demokratischen Lösungen kommen will.

Es war spannend, in der Planungsphase die verschiedenen Regeln, Werte, Normen bei den Parteien (Referate und Bewohnerinnen/Bewohner) kennenzulernen.

Die Sinti- und Artistenfamilien haben in ihrer Kultur Regeln, Werte und Normen, die z. B. den Redeablauf zwischen Älteren und Jüngeren bestimmen.

Können auch Jüngere gegenüber den Älteren ihre Meinung durchsetzen? Wie macht man das, ohne dass jemand das Gesicht verliert? Es bestand von Seiten der Bewohnerinnen und Bewohner immer wieder Misstrauen gegenüber den Behörden und dem Wohnforum. Dürften sie wirklich alle Wünsche und Vorstellungen äußern und würden sie auch tatsächlich realisiert werden?

Der Umzug in die neuen Wohnungen fand im Januar 2002 statt. Die Außenanlage waren

noch eine Baustelle. Handwerker gingen aus und ein. Bewohnerinnen und Bewohner freuten sich trotz mancher Mängel auf das Einrichten ihrer Häuser.

Wir Sozialpädagoginnen waren täglich in der neuen Siedlung und richteten unsere Büroräume ein.

Der erste Schock war die Präsenz der Polizei in der Wohnanlage. Sie fuhrten mit Polizeiautos mehrmals täglich zu unbestimmten Zeiten in Schrittempo durch die Siedlung oder stellten sich an einem Ort, von dem aus sie alles im Blick hatten. Gespräche mit uns änderten an ihrer Präsenz nichts. Die Bewohner reagierten verärgert, fühlten sich diskriminiert und fürchteten um ihren Ruf bei den neuen Nachbarn. Es dauerte lange Zeit und bedurfte vieler Interventionen verschiedener Stellen, bis die Polizei diese Praxis einstellte.

Für die Bewohnerinnen und Bewohner begann ein langer Lernprozess, der bis heute andauert:

- vom Ur-Bewohner zum Sozialmieter
- Schwierigkeiten, Umdenken nach Jahrzehnten der Rundumversorgung durch Behörden
- Nebenkosten, das große Problem – was kann man selbst dazu tun, um sie zu minimieren? Verantwortung für die öffentlichen Anlagen
- Was muss der Hausmeister tun?
- Einlebensprozess in einem neuen Stadtviertel mit bereits gewachsenen Strukturen
- Wohnforum als Vermieter mit Forderungen zu erleben
- Das Zusammenleben der Bewohnerinnen und Bewohner untereinander wird neu geregelt
- Wer ist wie eingerichtet?
- Wer hat mehr zu sagen, das Wohnforum oder die vertrauten Sozialpädagoginnen?

Bei der Planung des Sommerfestes 2004 kam es zu dem Konsens, diesmal hauptsächlich die Nachbarschaft einzuladen. Die Bewohnerinnen und Bewohner kümmerten sich wie jedes Jahr um den Einkauf und die Herstellung der Speisen. Aus der Nachbarschaft kamen überwiegend die Arbeiterinnen, Arbeiter und

Angestellten des Guts Großlappen. Sie lobten die neue Wohnanlage und staunten über die Sauberkeit. Ein Nachbar äußerte sich folgendermaßen: Er hatte zu seinen Kollegen gesagt, bezüglich der gepflegten Siedlung: „Wo wohnen denn nun die ‚Zigeuner‘, hier oder bei uns?“ Dies kleine Beispiel zeigt, wie verwurzelt die Vorurteile noch immer sind. Es wurde von den Nachbarn auch geäußert, dass sie Verständnis hätten für die Hauseigentümer, die Angst um den Werteverfall ihrer Grundstücke gehabt hätten, wenn die „Zigeuner“ hier hin ziehen.

Wir denken, dass es noch Zeit braucht, bis es zu einer wirklichen Normalität des Zusammenlebens kommt. Vielleicht trifft es der Begriff „versöhnte Verschiedenheit“.

Eine junge Familie mit heranwachsenden Töchtern ist mittlerweile weggezogen. Sie hatten vorher jahrelang in einer Sozialwohnung in einem anderen Stadtteil gewohnt. Die Kinder hatten dort ihre Freunde. Diese Familie konnte sich in das Miteinanderwohnen nicht mehr eingewöhnen. Vor allen Dingen die Töchter litten unter dem Verlust ihres früheren sozialen Umfeldes. Das enge Zusammenleben in der Wohnanlage hat auch gegenseitige Kontrolle zur Folge. Nichts bleibt verborgen. Dennoch denken wir, dass die Ressourcen, besonders in der gegenseitigen Hilfestellung, überwiegen. Am problemlosesten haben sich die Kinder eingewöhnt. Die Schulkinder sind froh, in genauso normalen Wohnungen zu leben wie ihre Mitschüler; im Gegensatz zum ehemaligen Wohnwagendauerstandplatz. Trotzdem ist der gegenseitige Kontakt noch relativ gering. Es wird wohl dauern, bis auch diese Wohnanlage ihren Hauch an Exotik verliert.

Abschließend können wir sagen, dass es ein guter Entschluss der Behörden war, diese kleine Siedlung zu bauen. Die Bewohner stehen noch mitten in dem Prozess des Ankommens und der Neuorientierung. Man sollte ihnen dafür die nötige Zeit und Unterstützung von Seiten der Sozialpädagoginnen zugeste-

hen. Vorrangiges Ziel ist es, den Kindern und Jugendlichen der Wohnanlage und ihren Mitschülerinnen und -schülern den gegenseitigen Kontakt zu erleichtern. Vielleicht könne sich so in Zukunft auch Freundschaften entwickeln. Nur durch den Umzug in ein „normales“ Wohnumfeld und schöne Wohnungen sind Probleme noch nicht gelöst.

Kontakt

Uta Horstmann
Diplom-Sozialpädagogin (FH)
seit 1974 tätig in der Arbeit mit Sinti- und Romafamilien bei
Stadtjugendamt München
Angebote der Jugendhilfe
Fachbereich Integrationsmaßnahmen
Migrationsarbeit
Tel. (089) 3 22-89 90
(01 77) 8 35 05 10
Fax (089) 3 22-1 15 99

Susan Cordeiro
Diplom-Sozialpädagogin (FH)
seit 1996 tätig in der Arbeit mit Sinti- und Romafamilien beim

Amt für Wohnen und Migration
Abt. Soziale Wohnraumversorgung
Zentraleinheit Wohnungslosigkeit
Sinti und Roma Betreuung
Tel. (089) 2 33-4 05 17
Fax (089) 2 33-4 02 01

Wohnanlage
Hilsbacher Straße 29c
80939 München



Helga Summer-Juhnke

Soziale Stadt in München

Bund-Länder-Programm „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“

Mitte 1999 wurde die Gemeinschaftsinitiative „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ gestartet.

Ziel dieses nationalen Aktionsprogramms ist es, als Ergänzung zur Stadtsanierung der sozialräumlichen Polarisierung in Städten und Gemeinden Einhalt zu gebieten und eine nachhaltige Aufwärtsentwicklung in Stadt- und Ortsteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf einzuleiten und zu sichern.

Es handelt sich dabei um Gebiete, die in sozialer, baulicher, städtebaulicher, ökonomischer und ökologischer Hinsicht erhebliche Defizite aufweisen, so dass zu deren Behebung der Einsatz des Besonderen Städtebaurechts und besonderer Förderinstrumente erforderlich ist.

Die Gebiete müssen Erneuerungsbedarf, aber auch Chancen aufweisen.

Merkmale des Programms sind

- ein ganzheitlicher, umfassender Erneuerungsansatz im Sinne eines integrierten Handlungskonzepts, das verschiedene Handlungsfelder und Fördermöglichkeiten zusammenführt,
- der Aufbau örtlicher Kooperationsstrukturen aller Akteure unter intensiver Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie
- die Bündelung der Ressourcen durch konzentrierten und priorisierten Mitteleinsatz.

Gemeinsam sollten innovative, das Quartier stärkende Projekte entstehen, die möglichst vielfältige Wirkungen in verschiedenen Handlungsfeldern auslösen („Mehrzielprojekte“). Die Selbsthilfemöglichkeiten der Quartiere sollen nachhaltig gestärkt werden, gerade auch im Hinblick auf den zeitlich begrenzten Einsatz des Programms.

Die Inhalte des Programms stehen in engem Zusammenhang mit der Münchner Stadtentwicklungsplanung „Perspektive München“, insbesondere mit deren Leitlinie „Stärkung der Stadtteile durch Stadtteilentwicklung“. Darüber hinaus knüpfen sie an die bewährte Tradition der Münchner Stadtsanierung mit einer intensiven ressortübergreifenden Zusammenarbeit an.

Um die Potenziale der Quartiere zu stärken und Konflikte umfassender und ganzheitlicher lösen und ihnen vor allem auch präventiv begegnen zu können, hat der Stadtrat Mitte 1999 einer Beteiligung der LH München am neu aufgelegten Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ zugestimmt und die Umsetzung des Programms beschlossen.

Priorität hatten zu Beginn die beiden förmlich festgelegten Sanierungsgebiete Milbertshofen

und Hasenberg, da dort sowohl die inhaltlichen, als auch die formalen (Gebietsabgrenzungen) Voraussetzungen vorlagen.

Quartiere des Programms sind derzeit

- das Sanierungsgebiet Hasenberg,
- das Sanierungsgebiet Milbertshofen

Quartiere in der Vorbereitung sind

- Teile von Berg am Laim, Ramersdorf-Perlach, Obergiesing und Untergiesing im Bereich Mittlerer Ring Südost.

Das Ziel ist weiterhin, genau die Stadtteile zu unterstützen, die auf Grund ihrer Geschichte, aber auch des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels weit mehr Belastungen tragen und Integrationsleistungen erbringen müssen als andere Stadtteile.

Damit soll vor allem Chancengleichheit – ganz besonders für Kinder und Jugendliche – gewährleistet werden und ein besseres Gleichgewicht zwischen den Stadtbezirken unterstützt werden.

Umsetzung in den Stadtteilen

Die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ erfolgt auf der Grundlage eines integrierten Handlungskonzepts, das die ganzheitliche Vorgehensweise unter Berücksichtigung aller notwendigen Fachbereiche sicherstellt.

Für die Sanierungsgebiete Milbertshofen und Hasenberg liegen seit Juli 2003 entsprechende Broschüren vor bzw. können im Internet eingesehen werden unter www.soziale-stadt-muenchen.de.

Handlungsfelder der Integrierten Handlungskonzepte

- Öffentlichkeitsarbeit
- Aktivierung/Beteiligung
- Wohnen/Wohnumfeld
- öffentlicher Raum/Verkehr
- Infrastruktur
- Ökonomie
- Gesundheit/Umwelt
- Bildung/Kultur

Ziel ist, die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit dem Stadtteil zu stärken, aber auch eine gezielte stadtteilübergreifende Imageaufwertung in Gang zu bringen. Maßnahmen und Projekte sollten im Sinn einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern entwickelt werden.







Leben und wohnen in München

Programm der Fachtagung



1. Fachtag: 11. Oktober 2004

09.30 Uhr Begrüßung

Dr. Schmid-Urban,
stellvertretende Sozialreferentin

09.45 Uhr Die demographische Wende – Geburtenrückgang, Alterung, Bevölkerungsschrumpfung

Ist Deutschland auf dem Weg in die Multi-Minoritäten-Gesellschaft? Wenn die Funktionsfähigkeit von Arbeitsmarkt und sozialen Sicherungssystemen erhalten bleiben soll, muss massiv Einwanderung stattfinden. Auf lange Sicht wird sich die Position der deutschen Mehrheit verändern. Viele verschiedene Minderheiten mit Migrationshintergrund führen zu der Frage, wie eine Kultur des Miteinanders entstehen kann, in der keine kulturelle oder ethnische Gruppierung dominiert. Toleranz wird von einer großzügig gewährten Tugend zur existenznotwendigen Bedingung des gemeinsamen Lebens.

Dr. Albrecht Göschel, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

10.45 Uhr Sozialräumliche Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern

... erfordert, neue und differenzierte Ansätze für die sozialräumliche Integration zu entwickeln, umzusetzen und zu erproben. Das Expertenforum des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“ der Schader-Stiftung hat sich zur Aufgabe gesetzt, wissenschaftliche und praktische Erkenntnisse zu bündeln und zu systematisieren und Bedingungen zu benennen, die sozialräumliche Integration von zugewanderten Menschen fördern bzw. behindern. Als Mitglied des Expertengremiums stellt Frau Dr. John erste Ergebnisse vor.

Prof. Barbara John, Berlin

11.45 Uhr Diskussion

Moderation: *Manfred Bosl*, InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e. V.

14.00–16.30 Uhr Workshops

Workshop 1: Strategien für präventive Sozialarbeit in der Wohnungswirtschaft

Qualitätsbausteine wie Planungswerkstätten und Belegungsmarkt legen den Grundstein für eine gute Nachbarschaft schon vor dem Wohnungsbezug. Einblick in die Umsetzung dieser sozialplanerischen Methoden mit Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft geben die Freiraumplanerin und Diplomingenieurin *Andrea Grundhuber* und die Soziologin *Heike Skok*. – Urbanes Wohnen e. V.

Workshop 2: Ein Platz, mein Platz, unser Platz

Anhand eines Beispiels im Münchner Norden wird gezeigt, wie die Gestaltung von öffentlichem Raum die Integration neuer (Sozialwohnungs-)Siedlungen in gewachsene Stadtviertel beeinflusst und welche Möglichkeiten Integration zu unterstützen es im Rahmen der quartierbezogenen Bewohnerarbeit gibt. *Prof. Tilo Klöck*, Staatliche Fachhochschule München und *Anja Huber*, Amt für Wohnen und Migration

Workshop 3: Projekt „Zuwanderer in der Stadt“

Die Landeshauptstadt München ist Mitglied im Praxisnetzwerk „Sozialräumliche Integration von Zuwanderern“, einem Verbundvorhaben des Deutschen Städtetags, des GdW/Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, des Deutschen Institutes für Urbanistik/difu, des Institutes für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung/InWIS und der Schader-Stiftung. In ihrer Rolle als Koordinatorin für München stellt Frau *Dr. Cordula Ferstl* die hiesigen Planungen und erste Aktivitäten im Rahmen des Projekts vor. – Amt für Wohnen und Migration





2. Fachtag: 18. Oktober 2004

10.00 Uhr Integration durch internationale Gärten: Ressourcenorientierte Migrationsarbeit in der Stadt

Auf der Basis von gemeinschaftlichem Gartenbau, handwerklichen Tätigkeiten und interkultureller Bildungsarbeit entstehen in mittlerweile mehr als 20 Interkulturellen Gärten in Deutschland neue Handlungsmöglichkeiten und Erfahrungsräume für Migrantinnen und Migranten. Die Gärten bieten ihnen die Möglichkeit, ähnlich wie beim Wurzeln-Schlagen von Pflanzen, neuen „Boden unter den Füßen“ zu gewinnen und ihr Wissen einzubringen. Zugleich sind die Gärten soziale Räume, in denen die Einwanderungsgesellschaft erste Konturen annimmt.

Dr. Christa Müller, München

11.00 Uhr Habitat – Ein Bau- und Gestaltungsexperiment des interkulturellen Zusammenwohnens

Interkulturelle Verständigung gelingt durch räumliche Nähe in unseren Städten, wenn in den Wohnsiedlungen eine Bauplanung und Nachbarschaftsgestaltung gemeinsam entwickelt wird, die Wohnwünsche von Migranten und Deutschen zugleich erfüllt und vielgestaltige Begegnungen ermöglicht. Habitat ist ein Experiment des internationalen Zusammenlebens in einer Sozialwohnungsanlage mit 93 Wohnungen, Bouleplatz, Mietergärten und Gemeinschaftshaus in Hannover.

Prof. Dr. Peter Hansen, Hannover

12.00 Uhr Diskussion

Moderation: *Uschi Sorg*, Stelle für interkulturelle Arbeit

14.00–16.30 Uhr Workshops

Workshop 1: Wohnung, GU, Notquartier – wie Flüchtlinge wohnen

Die Bandbreite der Wohnformen von Flüchtlingen in München reicht vom Containerlager bis zur Privatwohnung im bürgerlichen Wohnviertel. Wie die Wohnform und -umgebung das Leben von Flüchtlingen bestimmt, welche Prozesse und Veränderungen ein Umzug auslösen kann und was das für die Stadtgesellschaft bedeutet, wird anhand des Werdegangs von Flüchtlingen aus der ehemaligen Gemeinschaftsunterkunft Bodenehrstraße beleuchtet.

Florian Fritz, Amt für Wohnen und Migration

Workshop 2: Gettoisierung oder erfolgreiches Wohnprojekt für Sinti- und Artistenfamilien?

Mit Beteiligung von Sinti- und Artistenfamilien wurde vor zwei Jahren eine neue Wohnanlage für 23 Haushalte im Münchner Norden errichtet. Wichtig war die Berücksichtigung des kulturellen Hintergrunds der Bewohnerinnen und Bewohner, die gemeinsam mit **Uta Horstmann** und **Susan Cordeiro** ihre Erfahrungen und Schwierigkeiten vorstellen werden.

Workshop 3: Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt

Ziel des Bund-Länder-Programmes „Soziale Stadt“ ist es – im Rahmen eines ganzheitlichen Erneuerungsansatzes unter Beteiligung aller Akteure –, der sozialräumlichen Polarisierung Einhalt zu gebieten und eine nachhaltige Aufwärtsentwicklung in Stadt- und Ortsteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf einzuleiten und zu sichern. In München läuft dieses Programm gegenwärtig in Milbertshofen und im Hasenberg sowie zukünftig in Berg am Laim/Ramersdorf/Giesing (Mittlerer Ring Südost – „MIR“).

Helga Summer-Juhnke (angefragt)

Sozialreferat, Städtebauliche Sozialplanung



Anmeldeschluss

4. Oktober 2004

Veranstaltet von

- Sozialreferat
Stelle für interkulturelle Arbeit
- InitiativGruppe –
Interkulturelle Begegnung und Bildung e. V.
- Urbanes Wohnen

In Kooperation mit

Staatliche Fachhochschule München
Katholische Stiftungsfachhochschule
München

Leitung

Sabine Handschuck

Veranstaltungsort

Sozialreferat München
Orleansplatz 11, 1. Stock, 81667 München
U-/S-Bahn Ostbahnhof

Teilnahmekosten pro Fachtag

10,- EUR

5,- EUR (ermäßigt)

Zielgruppen sind haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialplanung und der Jugend- und Sozialarbeit, Lehrende und Studierende

Anmeldebedingungen

Die Tagung besteht aus zwei thematisch zusammenhängenden Fachtagen. Es ist möglich, sich nur für einen Tag anzumelden. Bitte tragen Sie auf der Anmeldekarte den gewünschten Tag ein. Die Tagungsgebühr wird im Tagungsbüro in der Zeit von 8.30 bis 9.15 Uhr bezahlt. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:
Tel. (0 89) 233-40655.

Bilder zweier Ausstellungen



Die Bilder in dieser Dokumentation stammen aus zwei Ausstellungen, die in der Zeit vom 4.10. bis 29.10.2004 im Foyer des Sozialreferats zu besichtigen waren:

Wolfgang Kurreck, der ehemalige Amtsleiter des Flüchtlingsamts, ist mit seiner Kamera losgezogen und hat unter dem Motto **„immer älter, immer ärmer, immer bunter“ multi-kulturelles München** fotografiert. Seine Aufnahmen zeigen Stadtteilansichten, geben Einblicke in Flüchtlingsunterkünfte und ein Pflegeheim, halten Treffpunkte von Jugendlichen fest und laden ein zu den Eltern eines türkischen Mitspielers aus seiner Schafkopfrunde.

Bilder auf den Seite 64–68:

übungsraumprojekt

Die Fotos entstanden bei dem Projekt **„Laos – Stachus – Hanoi“**, das im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Unter dem Monsun: Kultureller und politischer Wandel in Süd- und Südostasien“ des Kulturreferates der LH München im Jahr 2004 durchgeführt wurde. Die Fotografin Andrea Huber und der Fotograf Nguyen Tan Loc – die inzwischen als Team unter dem Namen „übungsraum“ arbeiten – entwickelten das Konzept und hatten die künstlerische Leitung, Veranstalter war das Kulturreferat.

Für die Ausstellung **„Laos – Stachus – Hanoi“** haben sich 19 Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren – manche davon selbst mit asiatischen Wurzeln – **mit der Kamera auf Suche nach süd(ost)asiatischem Leben in München** gemacht. Die Ausstellung wurde mit dem Jugendfotopreis ausgezeichnet.

